

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

33 (9.2.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 30 A ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 A, Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Kolonialscheite 20 A,
auswärts 25 A. Reklamen 30 A. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 461.
Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich
Germann Kappel, für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. & C., sämtliche in Karlsruhe.

Das Riesenmanöver für den Volksbetrug in Deutschland

Die Reaktionen einer erfolgreichen politischen Reaktion in Deutschland sind dabei, zu tödlichen Schlägen gegen die Republik, gegen die Demokratie und besonders auch gegen die Sozialdemokratie auszuholen. Das deutsche Volk soll erneut in die martervolle Zwangsjacke des monarchistisch-militärischen Obrigkeits- und Gewaltstaates eingezwängt, die Massen politisch entrechtet werden, damit man sie nach Willkür politisch freisetzen und ökonomisch in ungezügelter Profitgier ausplündern kann.

Vornehmlich die deutsche Schwerindustrie, aber auch andere Gruppen der deutschen Industrie finanzieren dieses Unternehmen, dessen gewaltige Unkosten sie hoffen, aus einer noch weit gesteigerten schrankenlosen Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung mit Zinsspekulationen herauszuholen zu können. Große industrielle Konzerne haben durch die gewagtesten und nicht nur an Gaunereigrenzen den Kreditföhrungen die Allgemeinheit um ungeheure Summen geprellt, die Schwerindustrie hat auch, dank der Herren Dr. Luther und Dr. Stresemann, dank der Tätigkeit des ehemaligen (volksparteilichen) Wirtschaftsministers Beder, anlässlich der Aufrückung dem Reiche hunderte von Goldmillionen abgenommen, sich in beinahe märchenhafte Weise auf Kosten des Reichs und des Volkes bereichert. Aus diesen gefüllten Geldschränken fließen jetzt unaufhörlich enorme Summen in die Kassen reaktionärer Parteien, fließt ein Geldstrom auch in den Teil der bürgerlichen Presse, der das arme und dumme deutsche Volk täglich zu belügen, über alle wirtschaftlichen und politischen Lebensfragen zu betrügen hat.

Das muß man den Drahtzieher der deutschen Reaktion lassen: diese Organisation verstehen sie aus dem innigsten, aber sicher und immer struppeliger begann man, durch eine gekaufte und abhängige Presse alle Einrichtungen und jede Tätigkeit des neuen Staatswesens zu verleumben, zu verdächtigen; die einzelnen Träger des neuen Systems in der öffentlichen Achtung herabzuwürdigen und — wie wir es ja erlebt haben — auch schließlich mit Hilfe von Maschinenpistolen und anderen jammervollen Argumenten der nationalpolitischen Betätigung, zu beseitigen. Zu Duzenden wurden die geeignet erscheinenden Zeitungen aufgekauft, in Berlin gewaltige zentrale Korrespondenzbüros eingerichtet, die mit einem Heer käuflicher Journalisten bevollmächtigt worden sind, um täglich die bürgerliche Provinzpresse mit Propagandamaterial zu versorgen. Die nationalpolitischen Parteien, Gruppen und Verbände wurden ebenfalls reichlich finanziert für ihre Wühlarbeit gegen die Republik und gegen die Sozialdemokratie; ganze Bataillone ehemaliger kaiserlicher Offiziere, die sich nebenbei noch erhebliche Pensionen von der Republik bezahlten lassen, fanden in diesen Verlautbarungen ein systematisches politisches Korruptionssystem, die nationalpolitische und Beschäftigung. Die Kassen der Reaktionsparteien wurden gefüllt, die Parteien sich bei den letzten Wahlen eine förmliche Geldverschwendung zu Propagandazwecken leisten konnten.

Unterdessen übten sich Herr Dr. Stresemann und seine Mannen darin, in der frivollsten Weise eine Regierungskrise um die andere heraufzubeschwören, um auch gleichzeitig dadurch das Ansehen des ohnehin schwer zu leistenden, seine Kraft zu lähmen, es auf diese Weise mit reifem zu machen für den Messerschnitt der Reaktion. Eines nach dem anderen die Herrschaften jedoch schnell ein: auf dem Wahlplatze ist die Sozialdemokratie nicht entscheidend zu schlagen. Auch die Reichswahlen 1924 haben darin den Reaktionen trotz der sozialdemokratischen Schlappe eine böse Enttäuschung gebracht.

Der persönliche Kampf gegen den aus der Sozialdemokratie stammenden Reichspräsidenten, der bis dahin mehr lausbubenartig geführt worden war, wurde in ein System gebracht, die Bildung einer Bürgerblockregierung sorgfältig vorbereitet — im Reich und in den Ländern. Die Verleumdungen in den nationalpolitischen Beratern, in der nationalpolitischen Presse, in Flugblättern usw. erhielten jetzt System und gesteigerte Niedertat. Mit vorläufigem Erfolg wurde dabei ganz richtig aus zwei taktischen Erwägungen heraus spekuliert: erstens, auch die Mehrzahl der Arbeiter, der Angestellten und kleinen und mittleren Beamten sind Opfer der bürgerlichen Presse, die tägliche Verhöhnung muß also mit der Zeit auch bei ihnen wirken; es ist bei einem so unpolitischen Volke, wie es leider die Masse der Deutschen ist, Erfolg versprechend, wenn man der Nationaluntugend täglich neue Nahrung verleiht, nämlich nur zu kritisieren, nur herunterzuziehen, nur das Kleine und Kleinliche vergrößert hervorzuheben, also den Klatsch und

die Mordgelei fördern. Die Sozialdemokratie hat für die Erhaltung des Staates in den letzten Jahren eine Riesensumme geleistet; sie wird systematisch im allergrößten Maße der bürgerlichen Presse verweigert. Darüber hinaus werden die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt und auch dann, ja dann erst recht, der Sozialdemokratie die Schuld an Krisen und schädlichen Maßnahmen zugeschoben, wo sie weder großen oder gar entscheidenden Einfluß hat.

Aber das alles genügt nicht, die erstrebte Wendung der Dinge herbeizuführen. Und besonders eine Tatsache stand den reaktionären Bestrebungen hinderlich im Wege: die Schlammasse des stinkenden kapitalistisch-bürgerlichen Kriegs- und Nachkriegsumpfes erreichte nicht die Sozialdemokratie — weder sie als Partei, noch ihre führenden Persönlichkeiten. Gleichzeitig sah man, gerade in den Kreisen der deutschen Reaktion aller Schattierungen, wie der kapitalistisch-bürgerliche Sumpf immer größere Dimensionen annahm, wie es unvermeidlich werden wird, daß ein furchtbarer Skandal entlocken muß, wie insbesondere die kapitalistische Riesenindustrie im Wirtschaftsleben, einmal aufgedeckt, zu den gefährlichsten Erschütterungen führen kann. Es war Lebensinteresse für die Parteien der Reaktion und der ausgeprochen großkapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, auf lange Zeit hinaus zu verhindern zu sehen, daß die Sozialdemokratie im Reiche wieder in die Regierung gelangt, denn, mit einer fortschreitenden Ordnung der Dinge im Innern mußte der Moment kommen, wo sich die Riesenkorruption der Wirtschaft offenbare, die betrieblen worden ist.

Es galt also für die Reaktionsparteien, koste es was es wolle, den Versuch zu machen, irgend etwas zu finden, womit man, unter Zuhilfenahme einer übermächtigen Presse und in geistiger Spekulation auf die politische Unerfahrenheit der Masse, die Sozialdemokratie zu diskreditieren vermochte. Die Barnataffäre bot diese Gelegenheit. Und der Umstand, daß die Gebrüder Barnat Ostjuden sind, war ein besonders willkommenes Umstand. Und nun siehe eine Hege ein, die, falls sie den von ihren Verüßern verfolgten Zweck erreichen sollte, von der werktätigen Bevölkerung politisch und wirtschaftlich mit Summen bezahlt werden muß, die einst millionenfürige Flüche gegen ihre Urheber werden aufsteigen lassen.

Die Barnathege gegen die Sozialdemokratie ist nicht aus dem nur bescheidenen politischen oder moralischen Reichtumsbedürfnis heraus entstanden, sondern aus einer konterrevolutionären Spekulation. Einer, vielleicht auch mehrere Mitglieder der Sozialdemokratie haben sich mit den Herren Barnat in Dinge eingelassen, die nicht zu billigen sind. Einer oder sogar mehrere! Was will das belagen in einer Millionenpartei. In den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit haben wir bürgerliche Stände zu hunderten, wenn nicht gar zu tausenden erlebt. Das Heer der wüßtesten Kriegsgewinnler, der Schieber nach dem Kriege bestanden wirklich nicht aus Sozialdemokraten; die unendlichen Korruptionsaffären, die sich in der Stappe abgepielt haben, die Durchstechereien bei der Vergebung der Heereslieferungen, bei den Abstammendungen und bei den Zuweisungen in den Frontdienst, die Verschlebung von Heeresgerät, sie sind von Zeitgenossen begangen worden, die kaum vorher mit der Sozialdemokratie Fühlung gehabt haben und die heute überall, nur nicht bei der Sozialdemokratie zu finden sind. Wir verurteilen es schärfer, als es in bürgerlichen Kreisen gesehen kann, wenn der eine oder andere Sozialdemokrat trumme Wege gegangen ist, aber, was bisher gegen einzelne Sozialdemokraten mit einem wahren Indianergehül vorgebracht worden ist, sind kleinliche Lappalien gegen das, was schon aus allen bürgerlichen Lagern bekannt geworden ist.

Wie aber hat sich sofort die Sozialdemokratie verhalten? Und wie die anderen? Das Zentrum hat in den Fällen Höfle und Lange-Hegemann ohne Verzug eingegriffen; außer ihm aber in der fruchtbarsten Weise allein die Sozialdemokratie. Bauer hat unverzüglich sein Mandat niederlegen müssen; er ist nach einer dreijährigen ehrenvollen und arbeitsreichen politischen Tätigkeit von der Partei einer Strafe ausgehört worden, die furchtbarer und schlimmer als irgend eine Haftstrafe ist. Wie haben die Deutschnationalen gegen den bewußten Steuerbetrüger van der Kerkhoff gehandelt? Die Sozialdemokratie hat weiter auf gründlichste und rücksichtslose Unterjochung aller Stände oder Beschuldigungen gedrängt, sie hat den Untersuchungsanschlüssen in jeder Weise die Hilfe geleistet, die notwendig ist, um Klarheit

zu schaffen und Uebel auszurotten, wo immer sie sich zeigen. Wir sagen es ganz offen heraus: wenn innerhalb der sogenannten nationalen Parteien alle Männer in öffentlichen Stellungen beseitigt werden sollten, die ähnlich es sich haben zuschulden kommen lassen, wie der Sozialdemokrat Bauer, es müßte eine Degeneration stattfinden. Während der letzten Jahre sind im deutschen Geschäftsleben tausende, wenn nicht zehntausende von Handlungen vollzogen worden, die turmhoch über das hinausreichen, was man Bauer zur Last legen konnte. Es ist eine bodenlose Heuchelei, wenn man gerade in bürgerlichen Kreisen in moralischer Entrüstung macht. Es ist auch bisher in keinem Falle nachgewiesen worden, daß weber Bauer noch ein anderer Sozialdemokrat in seiner amtlichen Stellung die Hand zu unlauteren Manipulationen gereicht hat; aber, selbst wenn sich einer oder wenige solcher Fälle nachweisen lassen sollten, ist der Mißbrauch der Amtstellung etwa eine Neuerfindung? Oder dimmelt nicht vielmehr gerade die Zeit des alten Regiments von solchen Standalen?

In der Zeitperiode, wo, wie doch nachgewiesen werden kann und schon zahlreich genug nachgewiesen worden ist, das Volk und der Staat um viele tausende von Millionen betrogen und bestohlen worden sind, wegen ein paar Liebespapiere und selbst wegen einiger tausend Dollar oder Gulden einen solchen Hüllenlärm machen, das hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, eine Reinigung herbeizuführen zu wollen, sondern diese Aktion in der Aufmachung dient ausschließlich politischen Zwecken, und zwar denen der Konterrevolution. Wir hoffen aber, daß, nachdem einmal die „Reinigung“ begonnen hat, um die deutsche Arbeiterbewegung in Ohnmacht zu schlagen, nunmehr die Reinigungskur fortgesetzt wird und daß der Reichstag gezwungen wird, fortzuführen in der Untersuchung. Wir werden sehr schnell erleben, wie emsig gerade die deutschnationalen und volksparteilichen Fraktionen bremsen werden. Man merkt bereits jetzt schon die ersten bänglichen Versuche.

Die sogenannten nationalen Parteien und ihre mit dem Gelde der Schwerindustrie belastete Presse haben einen Kampf entfacht, den rücksichtslos fortzusetzen die Sozialdemokratie öffentlich nicht verstehen wird. Aber wir werden erleben, nachdem nunmehr die Bürgerblockregierung im Reiche etabliert ist und in Preußen vielleicht ähnliche Wünsche demnachst in Erfüllung gehen und, wenn erst im Mai die Wahl des Reichspräsidenten entschieden ist, weder die Deutschnationalen noch die Deutsche Volkspartei auch nur ein Interesse daran haben, die „Reinigung“ fortzusetzen. Wenn die Volksmassen, die abermals das elend betrogene Opfer der bürgerlichen Presse und der heuchlerischen, verlogenen und infamen nationalpolitischen Hege werden sollen, auf das Riesenmanöver herein gefallen sind, dann wird die Ruhe im bürgerlichen Blätterwalde einkehren. Und wenn die Kommunisten, die sich der täglichen wüßtesten Stände in ihren eigenen Reihen kaum noch erheben können, ebenfalls sehen, daß auch ihre Zuhälterdienste für die politische Reaktion und für das Unternehmertum doch nicht zur Vernichtung der Sozialdemokratie führen, werden auch ihre Vätermäuler zur Ruhe kommen. Daß übrigens ausgerechnet die SPD, die Partei, die ihr Dasein materiell ausschließlich durch Ansummen fristet, die bolschewistischen Machthaber täglich dem armen und hungernden russischen Volke stehlen, um damit „weltrevolutionäre“ Propaganda zu treiben, mit als die moralisch Entrüsteten sich aufspielen, das paßt ausgezeichnet zu dem Treiben der Konterrevolutionäre.

Die Sozialdemokratie wird auch dieses Riesenmanöver der Feinde der Republik und der Demokratie überwinden. Möglich, daß aus ihren Reihen noch der eine oder andere dabei fällt. Aber drüben werden im weiteren Verlaufe dieser Campaigne die Leichenhaufenweise liegen, sofern die Partei und die Reichstagsfraktion auf die grundsätzliche Durchführung der „Reinigungskur“ dringt.

Nachstehend lassen wir bürgerliche Pressestimmen aus der anständigeren bürgerlichen Presse folgen, wobei wir allerdings die „Badische Presse“ keineswegs in die wirklich anständige Presse einrangieren haben wollen, sondern dieses Blatt aus einem bestimmten Grunde gütiger, über den vielleicht später näher zu sprechen sein wird:

Der Bericht auf das Reichstagsmandat durch den bisherigen Abgeordneten Bauer gibt der demokratischen „Völkischen Zeitung“ zu folgenden Kommentaren Anlass:

Der Bericht des Prüfungsausschusses der sozialdemokratischen Partei hat erheblich dazu beigetragen, die widerwärtige Lage wenigstens dahin zu klären, daß die Defizitlastigkeit nicht, daß Männer, denen die wirklich ernsthafte Anstellung erheben werden, ohne Ansehen der Person den Preis dafür zahlen müssen, daß die Defizitlastigkeit und Wahrscheinlichkeit die ausfallenden Eigenschaften sind, auf denen sich die Laufbahn eines Vertreters des Demos gründen muß. ...

Reiche angesehener deutschnationaler Persönlichkeiten

von Barma solche Liebesgabenpakete erhalten und besahen haben. Die „reife“ der Gewährung der „Berliner Börse“ ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Tochter des Mannes, die Jahre 1922 eine längere Reise auf Kosten Barma nach der Schweiz gemacht haben ist, damals 2 Jahre alt war und überhaupt nicht nach der Schweiz gereist ist. ...

Das energische Zugreifen der Sozialdemokratie anerkannt

Das führende badische Zentrumblatt, der „Badische Beobachter“, schreibt in einer Betrachtung der Berliner Finanzsüdwahl: Wir sind weit davon entfernt, irgend etwas von dem zu befürchten oder zu verschweigen, was täglich an Skandalen und Schandebenen guttore gefördert wird. ...

Der Hintergrund der nationalistischen Barmahe

In einem, die „Reinigungskur“ überschriebenen Artikel befaßt sich das „Berliner Tageblatt“ eingehend mit den Verhältnissen und Kräften, die hinter der Barmahe gegen die Sozialdemokratie stehen. ...

anderen Bundes einbringen kann, als die Regierungen Marx und Bismarck. Die zweite Aufgabe besteht darin, über die Barma- und Aufsichtsborgänge ein sachliches Geschehen und einen sachlichen Bericht zu erheben, daß das Publikum alles andere vergißt. ...

Im das Letzte vorwegzunehmen: die Schwerindustrie hat es verstanden, aus dem Ruhrkrieg, der die Wägen in den Abgrund und damit Millionen von Menschen in Not und Elend stürzte, ein riesiges Geschäft zu machen. ...

Das sind gegenüber diesen Geldern, die in die Geldmilchkanäle gehen und die das Reich an einige wenige Großkapitalisten verschickt hat, die Millionen, die sich die Barma und Aufsicht durch Kredite zu verschaffen gewußt haben? ...

Erläuterungen zur Barma-Affäre

Der deutschnationale Berliner „Lokal-Anzeiger“ hat u. a. die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Wels bei dem Genossen Wiffell als Wirtschaftskommissar im Jahre 1919 den Antrag auf Bestellung eines Monopol für Arbeiterleistung an Barma gestellt hätte und dieser Antrag abgelehnt worden sei. ...

Unabhängig dieser beiden Behauptungen erhalten wir einige Zuschriften. Der Genosse Wiffell teilt uns mit, daß er an den Vorarbeiten des preussischen Untersuchungsausschusses folgenden Brief gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr! Von einer zehnjährigen Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik nach Berlin zurückgekehrt, finde ich in der gestrigen Tagespresse die Anzeige des Kriminalkommissars Klinghammer vor dem Barma-Ansatz dahingehend, ich habe über den Kopf des Ein- und Ausfuhrkommissars hinweg Barma Einfluß erlangt und -- das läßt der Bericht nicht klar erkennen -- auch wohl eine Ausfuhrerlaubnis für Drudpapier erteilt. ...

Abdruck eines heute von mir an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreibens füge ich bei. gez. Wiffell.

Der preussische Landtagsabgeordnete Genosse Paul Dirck hat unter dem 6. Februar an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtags Dr. Leibig, folgenden Brief gerichtet:

Nach den Berichten der Tagespresse hat der Kommunistische Stadtrat Siedl in der Donnerstag-Sitzung der Berliner Stadl-berordneterversammlung behauptet, bei dem Barma-Akten befände sich eine Listung von mir über 50 000 M. ...

Gleichzeitig hat Genosse Wiffell in einem Brief an den letzten Reichskanzler den Antrag gestellt, das Ansehen unge- ...

Eine weitere Zuschrift erhalten wir von dem Genossen Wels: Der „Lokal-Anzeiger“ kommt erneut auf die von mir abge- ...

Als ich am 24. Januar zum erstenmal in der „Berliner Wä- ...

Was war das etwa Mitte Mai 1919 für eine Situation in ...

Die größte Gefahr, die dem Volk und dem Staat damals ...

Wie ich die Barma-Affäre im Jahre 1919 im Berliner ...

Beförderungsmethoden der Reichsbahn-direktion

Man schreibt uns: Wenn es irgend ein charakteristisches ...

Die Reichsbahndirektion wollte nun die vorhandenen 40 ...

Aber welche Einsätze für die Beförderung dieser 12 ...

Das Aufwertungsproblem

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Berlin, 5. Febr. 1925.

Die Millionen der Gläubiger und Sparer, die ihre großen oder kleinen Barvermögen durch die Geldentwertung verloren haben, blicken mit fiebernder Spannung auf den neuen Reichstag. Von ihm erwarten sie eine Neuregelung der Aufwertungsfrage, die ihnen ganz oder zum größeren Teil das zurückgegebene soll, was die Inflation ihnen genommen hat. Diese Hoffnungen stützen sich auf die weitgehenden Versprechungen, die den Gläubigern und Sparern von den Rechtsparteien schon bei den Wahlen des vorigen Jahres, noch hemmungslos aber bei den Dezemberwahlen gemacht worden sind. Besonders die Deutschnationalen, in edlem Wettstreit mit ihnen aber auch die Völkischen, die Volksparteier und die Wirtschaftsparteier, empfahlen sich als die einzigen wahrhaftigen Freunde der verarmten Opfer der Währungskatastrophe und schwärzten die Sozialdemokratie als die gefühllose Partei an, die talbergig die hungernden Kleinentner untergehen lassen wollte.

Diese Darstellung entsprach zwar der Wahrheit genau so wenig, wie die sonstigen Schmähungen und Verdächtigungen, denen die Sozialdemokratie bei den Rechtsparteien tagtäglich ausgesetzt ist. Aber sie tat ihre Wirkung. Die auf eine Wiederherstellung ihrer Vermögensanteile hoffenden armen Teufel gingen in ihrer großen Mehrheit der Rechten ins Garn. Die Deutschnationalen hatten es vor allem den Stimmen der leidiggläubigen Gläubiger zu verdanken, daß sie trotz ihrer außerpolitischen Demagogie bei den Dezemberwahlen ihren Besitzstand zu wahren vermochten. In ihrer verantwortungslosen Demagogie versprochen sie volle Aufwertung aller Schuldforderungen und stellten in Aussicht, daß diese ganze Aufgabe im Handumdrehen gelöst sein werde, wenn sie nur erst einmal in der Regierung wären. Sie spannten die Gläubiger- und Sparerverbände vor ihren Karren, nahmen davon Führer auf ihre Wahllochstühle und bestärkten damit die Masse der Inflationsopfer in der Überzeugung, daß es wirklich nur der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung bedürfte, um sofort ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen zu lassen. Parte der deutschnationale Führer hergt im Reichstag doch einmal ausgerufen, daß der Aufwertungsgegenstand am ersten Tage der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung dem Reichstage vorgelegt werde.

Nun sind die Deutschnationalen seit Wochen maßgebend in der Reichsregierung vertreten. Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister stehen auf ihrem Boden, der Reichsminister und der Reichsjustizminister, ein Mann vom äußersten rechten Zentrumsflügel, stehen ihnen sehr nahe. Die Beschäftigung mit der Aufwertungsfrage hat aber bei der Deutschnationalen Partei wie bei der Regierung bis jetzt nichts weiter gezeitigt, als eine grenzenlose Verlegenheit. Nicht einen Gesetzentwurf zur Regelung der Aufwertung hat die deutschnationale Regierungspartei dem Reichstag vorgelegt, sondern nur ein ganz bescheidenes Gesetzchen, worauf die Notverordnung des 4. Dezember 1924 über die Aufwertung aufgehoben werden sollte. Als aber dieses Gesetzchen auf Drängen der Sozialdemokraten zur Verhandlung kam, lehnten die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag ab! Eine krasser Selbstentlarvung ist im parlamentarischen Leben kaum einmal vorgekommen.

Statt mit dem versprochenen Gesetzentwurf hat die deutschnationale Regierung dem Reichstag mit einem langweiligen Denkschrift über die Aufwertungsfrage beehrt. In drei Wochen soll auf die Denkschrift endlich ein Gesetzesentwurf folgen. Entspricht diese Vorlage auch nur annähernd den in der Denkschrift vertretenen Auffassungen, so wird es bei den Gläubigern und Sparern ein bitteres Erwachen geben.

Einstweilen hat die Regierung nicht den Mut aufgebracht, zu den Auffassungen der Denkschrift zu stehen. Sie hat ihr den Titel Referentenentwurf einer Denkschrift über die Aufwertung gegeben. Da es aber nie üblich war, daß die Referenten eines Ministeriums in grundsätzlichen gesetzgeberischen Fragen auf eigene Faust den Reichstag mit Material und Vorschlägen versehen, da ein solches Verfahren auch nicht mit der Reichsverfassung zu vereinbaren wäre, muß die Regierung, ob sie will oder nicht, die Verantwortung für die Denkschrift übernehmen.

Gewiß ist die Denkschrift, die auf 54 Seiten alle Einzelheiten des schwierigen und komplizierten Aufwertungsproblems durchspricht, sehr lehrreich, nennigleich in einigen Punkten noch Ergänzungen des beigebrachten Tatsachenmaterials notwendig sind. Nur lassen sich die Ergebnisse, zu denen sie kommt, nicht im entferntesten in Einklang bringen mit den Hoffnungen, die von den Deutschnationalen bei den Gläubigern und Sparern geweckt worden sind. Sie bleiben noch wesentlich zurück hinter den Vorschlägen, die wir Sozialdemokraten gemacht haben.

Es war überhaupt eine grobe Irreführung der Wählerschaft, wenn die Rechtsparteien behaupteten, die Sozialdemokratie sei Gegnerin aller Aufwertungsbestrebungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Gegenteil schon im Februar 1924, sofort nach dem Erscheinen der 3. Steuernotverordnung, in einer Reihe von Anträgen wesentliche Verbesserungen der in dieser Verordnung enthaltenen Aufwertungsbestimmungen verlangt. Sie hat dann später, im Juli 1924, auch Vorschläge für eine begrenzte, von sozialen Gesichtspunkten getragene Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen gemacht. So sehr sich die Sozialdemokratie angeht der ungeheuren wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Tragweite des Aufwertungsproblems gehütet hat, unerfüllbare Versprechungen zu machen, so hat sie doch die vom Kabinett Marx-Strösemann-Luther mit der 3. Steuernotverordnung gefundene Lösung für unzulänglich und unhalbar gefunden. Auch der Standpunkt der Denkschrift kann in einer Reihe von wichtigen Einzelheiten, über die noch besonders zu sprechen sein wird, von uns nicht geteilt werden.

So macht sich z. B. die Denkschrift in der Frage, ob eine Erhöhung des Aufwertungsprozents auf 15 Proz. bei Hypotheken, Schuldverschreibungen und ähnlichen Schuldtiteln möglich ist, viel zu sehr den eigennützigen Standpunkt der Spitzenverbände von Industrie, Handel, Banken, Handwerk und Landwirtschaft zu eigen, der jede erhöhte Aufwertung ablehnt. Das selbständige Unternehmertum hat noch stets, wenn ihm Opfer zugemutet wurden — denken wir an die Kämpfe um die Steuern, die Löhne, den Arbeiterschutz, die Sozialpolitik — in allen Tonarten seine völlige Leistungsfähigkeit beteuert. Wäre da das Unternehmertum tatsächlich so leistungsschwach, wie es jetzt in seinem Kampfe gegen die Gläubiger erscheinen möchte, dann hätte es sich die Millionen sparen sollen, die es den Aufwertungsdemagogen in der letzten Wahl zur Verfügung gestellt hat, damit sie die Gläubiger hinter sich führen konnten. Das Unternehmertum in Industrie, Handel und Landwirtschaft hat im allgemeinen von der Zerkürdung der deutschen Währung so große Vorteile gehabt, daß es erheblich mehr als ihm die 3. Steuernotverordnung zumutet, zugunsten der verarmten Gläubiger leisten kann, ohne daß deshalb die Verbraucherschicht in Mitleidenschaft gezogen oder die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland unterbunden werden müßte. Ebenso starke Einwendungen sind gegen andere Punkte der Denkschrift zu erheben, die noch besonders zu behandeln sind.

Sozial scheint heute aber schon festzustehen, daß es den Millionen von Gläubigern und Sparern, die ihre Hoffnungen auf die Deutschnationalen gesetzt haben, wie Schuppen von den Augen fallen wird, wenn die von den Spitzenverbänden des Unternehmertums beeinflusste deutschnationale Regierung mit ihrer Gesetzesvorlage vor die Deffentlichkeit tritt.

„Volks-Partei“

- In der „Volks-Partei“ schreibt Procurotor:
- Fürst v. Bismarck
 - Graf v. Eulenburg-Gallungen
 - Graf v. Helldorf
 - Graf v. d. Schulenburg
 - Graf v. Merfeldt
 - Graf v. Gernier
 - Fhr. v. Freytag-Loringhoven
 - Fhr. v. Stauffenberg
 - Fhr. v. Rüdiger
 - Fhr. v. Mirbach
 - v. Balduin
 - v. Gersdorf
 - v. Plehne
 - v. Tresebow
 - v. Winterfeld
 - v. d. Osten
 - v. Müller
 - v. Kries
 - v. Mohr
 - v. Vinbeiner
 - v. Kemmich
 - v. Reudell
 - v. Sperber
 - v. Demig
 - v. Goldacker
 - v. Tirpitz
 - v. Tzander
 - v. Dittfurth
 - v. Tilling
 - v. Neuenberg.

Ein Fürst, fünf bis sechs und zwei volle Dutzend Barone und Ritter. Ist das vielleicht der Offiziersverein einer kaiserlichen Garde-Regiments oder eine Vertreterversammlung der brandenburgisch-preussischen Adelsgenossenschaft? Oder sind es etwa die Mitglieder einigigen erlauchten Herrenhauses? Mit nicht! Dieser feudale Katalog gibt lediglich eine kleine Auswahl der von deutschen Wählern am 7. Dezember als Kandidaten der Deutschnationalen in die Parlamente gewählter Herren. Daher der Name **Volks-Partei**. Oder vielmehr: weil das Volk am 9. November 1918 die Guillotine nicht spielen ließ, kann die feudale Reaktion wieder die Banquetliste zeigen.

Aus dem Freistaat Baden Kommunistische Dreckschleuder

Die geistige Armut der kommunistischen Strategie und Taktik ist längst offensichtlich. Man soll die Arbeitermassen für den von Moskau befohlenen Gewaltstreich marschbereit machen. Mangel geistiger Argumente verfüllt man aber immer wieder auf den alten Trid, durch sich u f t e u r e u n d a d e r p o l i t i s c h e n u n d g e w e r t s c h a f t l i c h e n A r b e i t e r f ü h r e r d a s V e r t r a u e n d e r M a s s e n z u z e r s t ö r e n, u m i m g e g e b e n e n A u g e n b l i c k d i e f ü h r e r l o s e M a s s e n a c h d e r M o s k a u e r P e i s e t a n e n z u l a s s e n. D i e s e n o t o r i s c h e n V e r l e u m d e r m e r k e n i n i h r e r Z u m m e h r a r n i c h t, w i e l ä c h e r l i c h s i e s i c h b e i j e d e m n o r m a l d e n k e n d e n M e n s c h e n m i t i h r e m e w i g e n G e s e t z e r ü b e r d i e s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n „V o n z e n“ m a c h e n. D e m j e d e r m a n n w e i ß d o c h, d a ß, w e n n i n i e m a n e i n e P a r t e i, s o i n d e r k o m m u n i s t i s c h e n d a s h e r r l i c h, w a s m a n a l s V o n z e n t u m b e z e i c h n e t. D e n n i n k e i n e r a n d e r e n P a r t e i i s t e s d e n k b a r, d a ß s i c h s o l c h e A n t r ä g e f i n d e n, d i e a l s A b g e o r d n e t e u n t e r s c h r i f t l i c h e r k l ä r e n, d a ß s i e k e i n e r l e i s e l b s t ä n d i g e M e i n u n g h a b e n, i n d e m „a l l e B e s c h l ü s s e d e r P a r t e i z e n t r a l e, (a l s o n i c h t e t w a d e r k o m m u n i s t i s c h e n A r b e i t e r, s o n d e r n l e d i a l l d e r V o n z e n!) d e r K P D, a u s f ü h r e n u n d s i c h i n a l l e n F o r d e r u n g e n u n d i h r e r B e t ä t i g u n g d i e s e n B e s c h l ü s s e n u n t e r o r d n e n.“

Nun sind die Kommunisten des Bad. Landtages in der letzten Zeit des öfteren etwas ins Gedränge gekommen. Begreiflich, nachdem ihnen durch die Abwahlung des Herrn Bod das Gehirn fehlt. Dafür bemüht sich das kommunistische Landtagsbüro umso mehr, in der Anwendung der Dreckschleuder den Weltrekord zu erreichen. In Nr. 26 und Nr. 29 der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ wird zunächst der Versuch gemacht, den kommunistischen Verächtern Betrug zur Erlangung höherer Landtagsmandate abzulugnen, um dann der Reihe nach die Genossen Küdert, Kemmle, Marum und Maier anzupöbeln. Insbesondere hat es dem notorischen Ver-

leumderorgan der Genosse Emil Maier aus Heidelberg angeht, dem sie mangels anderen Materials wieder einmal seinen Arbeitslohn und weiter eine Reihe von Aufsichtsratsmitgliedern vorwerfen. Daß dabei die Behauptungen zum Teil glatt aus den Fingern gezogen werden und daß gelogen wird, daß sich die Balken biegen, ist bei der bekann- ten „ritterlichen“ Kampfweise der Kommunisten nicht verwunderlich. Maier ist, so heißt es in dem Schwindelartikel der „Arbeiterzeitung“ — Aufsichtsrat im Großkraftwerk, Aufsichtsrat bei der Bad. Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft bezieht mindestens ein Monatsinkommen von 1200 M.

Alle drei Behauptungen sind aus den Financien gezogen und erlogen. Wir haben aber gar keine Scheu davor, Bergangenheit und Gegenwart des Genossen Maier der badischen Arbeitererschaft ganz offen darzutun, dann kann sie sehen, wer vor der öffentlichen Kritik bestehen kann: der sozialdemokratische Parteigenosse oder der kommunistische Verleumder! Unser Genosse Emil Maier ist seit dem Jahre 1893, also seit seinem 17. Lebensjahre, politisch und gewerkschaftlich organisiert und seit mehr denn 25 Jahren kämpft er in der vordersten Linie des klassenbewußten Proletariats mit. Diese Tätigkeit brachte ihm als Arbeiter Ma h r e g e l u n g u n d A r b e i t s l o s i a k t e i t, a l s R e d a k t e u r e i n e s A r b e i t e r b l a t t e s G e l d - u n d G e f a n g e n i s t r a f e n, w e l c h l e t z t e r e i m s o g a r i n d e r M i l i t ä r t a u n t e r s u c h u n g i n d e m K r i e g m i t g e g e b e n w u r d e n. S e i n E i n k o m m e n i n s e i n e r j e t z i g e n S t e l l u n g a l s D i r e k t o r d e s v o n i m a u c h m i t Z u s t i m m u n g d e r S e i d e l b e r g e r K o m m u n i s t e n a u s g e b a u t e n S t a d t W i r t s c h a f t s a m t s (e s t G o s t a i n d u s t r i e) b e t r ä g t n i c h t m i n d e s t e n s 1 2 0 0 M m o n a t l i c h, s o n d e r n k a u m d i e H ä l f t e. S o l l ü b r i g e n s e i n S o z i a l d e m o k r a t e i n e n l a r t l i c h f e i t g e l e g t e n L o h n n i c h t a n n e h m e n d ü r f e n, s o n d e r n d e n K o l l e g e n g e g e n ü b e r a l s L o h n d r ü c k e r u n d S t r e i f b r e c h e r a u f t r e t e n? W e i ß d i e „A r b e i t e r z e i t u n g“ n i c h t v o n d e r S ö h n e d e r R e i c h s t a g s d i ä t e n, w e l c h e a u c h d i e k o m m u n i s t i s c h e n A b g e o r d n e t e n n o c h n i e z u r ü c k g e w i e s e n h a b e n? I h r e V e r i c h t e r s t a t t e r w i s s e n g a n z g e n a u, d a ß g e r a d e d e r G e n o s s e M a i e r, o b w o h l e r S t a d t B e a m t e r i s t, f ü r s e i n e L a n d t a g s t ä t t l i c h e F e i n e n U r l a u b n i c h t, s o n d e r n a b e n d s u n d S o n n t a g s s e i n e b e r u f l i c h e n A r b e i t e n n a c h h o l t. B e s o n d e r s a l s g e r a d e e r a u f s e i n e L a n d t a g s d i ä t e n v e r z i c h t e n s o l l t e, w ä r e n i c h t b e z a u f l i c h, s e l b s t w e n n e i n s o l c h e r B e r i c h t g e t r i e b l i c h z u f a l l e n w ä r e.

Über Maier ist Aufsichtsrat in verschiedenen Gesellschaften! Gewiß: beim Badenwerk, bei der Seidelberger Straßenbahn als Delegierter des Stadtrats, in der Bau-Genossenschaft für Volks- und Arbeiterheimstätten, in der Stroheneinkaufsgenossenschaft Seidelberg, in der Seidelberger „Volkszeitung“, also bei lauter Gesellschaften, wo es zwar Arbeit und Verantwortung, aber keine Tantiemen gibt. Dies alles weiß die „Arbeiterzeitung“ sehr gut, ja sie weiß auch, daß gerade dem Genossen Maier gegenüber noch nie der Versuch unternommen wurde, seine Unberuflichkeit anzuzweifeln. Wenn sie also trotzdem darauf losläßt und verleumdet, dann erfüllt sie eben den einigangs erwähnten von Moskau erhaltenen Befehl.

Arme Menschen, die einem so erbärmlichen Sandwurz nachgehen müssen!

Der Ausbau der Fortbildungsschule

In Heidelberg fand letzter Tage eine überaus stark besuchte Versammlung der Fortbildungsschullehrer und Fortbildungsschullehrerinnen Nordbadens statt, zu der als Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums der Leiter des badischen Fortbildungsschulwesens Regierungsrat M. Walter, verschiedene Kreisräte und Schulpfektoren erschienen waren. Regierungsrat Walter bemerkte in seiner Ansprache, die badische Fortbildungsschule habe auch von höchster Seite ihre Würdigung darin gefunden, daß der Unterrichtsminister Staatspräsident Dr. Dellpach sie bei seiner Reichsjahresansprache als die größte erzieherische Tat seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bezeichnete. Der Ausbau der Fortbildungsschule gehe rüstig vorwärts. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen könne den Anforderungen nicht mehr nachkommen, so daß am 1. Mai d. J. in dem neuen Haushaltungslehrentinnen-Seminar (früheres Seminar 1) in Karlsruhe ein Doppelkurs beginnen müsse. Auf Mitte Juni ist wieder ein Kurs zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrern angelegt. Die in Aussicht gestellte Schulordnung wird Mitte Februar zur Begutachtung herausgegeben werden. Im Laufe des Sommers wird dann das neue Mädchenfortbildungsschulleben herauskommen, worauf die Bearbeitung des Lebensbuches für die Anabenfortbildungsschule in Angriff genommen werden soll.

Im Verlaufe der Versammlung sprach Fortbildungsschullehrerin Luise Gramann in Heidelberg über das Thema „Lehr- und Lehrgänge in der Mädchenfortbildungsschule“. Die Rednerin wies darauf hin, daß diese Lehrgänge in Fabriken, Anstalten, Sammlungen, Gefangenenlagern usw. nicht immer das richtige Verhältnis bei der Bevölkerung finden und doch seien sie vorzügliche Mittel zur Bildung des Gemeinbewußtseins. Sie zeigen der Landjugend die aufstrebende Arbeit des Fabrikarbeiters und der Stadtjugend die anstrengende Arbeit des Landmannes.

Gemeindedepotitit Bürgermeister-Konferenz

Wiesbaden. Am letzten Sonntag nachmittag fanden sich hier im „Raldhorn“ die Bürgermeister des Amtsbezirks Fittingen, zusammen. Nach Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Antrag des Verbandes badischer Gemeinden vom 20. 12. 24, in dem die Abgabe von Laubstreuen ohne Anrechnung auf den Viehschlag verlangt wird, wird aufgegeben und unterläßt. 2. Es sollen von zuständiger Seite Schritte unternommen werden, daß das Rechnungsjahr wieder auf 1. Januar verlegt wird. 3. Einstimmig wurde beschlossen, dem W o s n u n g s m e i s t e r d i e f r e i e W i r t s c h a f t z u g e b e n u n d s e i n M i t t e l u n d e r s u c h t z u l a s s e n, d i e s e i b e i d e r R e g i e r u n g d u r c h z u s e t z e n, d a d i e W o h n u n g s m a n g e l w i r t s c h a f t f ü r u n t e r e G e m e i n d e n s e i n e n S i n n m e h r h a t. (1) S e l b s t e r h ä n d l i c h m ü ß t e i m g l e i c h e n M o m e n t a u c h d i e A u f b e u e r u n g e i n e r G e b ä u d e s o n d e r s t e u e r a n g e s t r e i g t w e r d e n, d i e a u f d e m l ä n d l i c h e n M i t t e l s t a n d s c h w e r l o s e t. D i e D a r l e h e n, d i e a u s d e n G e t r ä g n i s s e n d e r G e b ä u d e s o n d e r s t e u e r a n d i e B a u h e r r n g e g e b e n w e r d e n k ö n n e n, m ü ß t e n l e t z t e n n i c h t b i e l, d a d i e D a r l e h e n i n d e n m e i s t e n F ä l l e n z u s p ä t a u s g e z a h l t w u r d e n u n d z u g e r i n g f ü g i g s i n d. 4. A l l g e m e i n e M i ß b i l l i g u n g f a n d d i e d e r z e i t l i c h e L e b u n g d e r F i n a n z a m t e r, w o n a c h a r m e L a n d g e m e i n d e n, d i e n i c h t i n f a n d e n s i n d, d i e u n g e h e u e r e n S t e u e r l a s t e n r e c h t z e i t l i c h a b z u t r a g e n, 1 2 % Z i n s b e i S t a n d u n g d e r S t e u e r z a h l e n m ü ß e n. — A l l e d i e s e F r a g e n s o l l e n d e m V e r b a n d b a d i s c h e r G e m e i n d e n v o r g e l e g t w e r d e n z u w e i t e r e n B e s p r e c h u n g.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankosti

24 Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Nachdem er einen langen, flachen Abhang hinangestiegen war, fühlte er sich vollständig ermüdet und setzte sich neben den Weg an den Grabenrand.“

„Es ist nun ein Jahr her,“ dachte er, „und mit Gewalt schloffen ihm die Tränen in die Augen. In einem Jahr kann man viel erleben, ein ganzes Leben.“ Er fühlte doch sich sein Leben schließlich auf ein Jahr beschränkt. „Ebenso mag es mit den Restitalos sein. Auch die haben in diesem Jahre viel durchgemacht. So ist das Menschenleben!“

Er hörte das Geräusch von Schritten auf dem Wege. — Dort kam Kimpiläinen, rotbäckig und gutgelaunt, lebhaft seinen weißen Stock schwingend.

In Mutelas Brust begann es zu klopfen.

„Weißt du es auch schon?“ kam es über ihn.

Kimpiläinen näherte sich.

„Der hat etwas Böses im Sinne,“ schloß Mutela, „da er den Mund so zusammenzieht!“

Kimpiläinen grüßte und sprach:

„Na, das ist ein schöner Frühling — da kann der Landmann zufrieden sein!“

„Jawohl — jawohl.“

„Und Sie sollen ja noch andern Anlaß zur Freude haben — ich wünsche Ihnen viel Glück dazu!“

Er entjann sich jedoch, daß er ein Tapaft war, und hielt an sich.

„Jawohl... Man braucht auch Arbeitskräfte — hier gibt es viel zu tun...“ versuchte er zu antworten, so gut er konnte.

„Nu freilich, und umso angenehmer, wo's noch in den Jahren passiert. — Wie alt sind Sie denn schon?“

Mutela mußte fast lachen.

„Ich — erst in den mittleren Jahren — noch nicht mal volle siebzig!“

„Da gedenken Sie noch wohl lange zu läben,“ lachte Kimpiläinen. Er machte eine kleine Pause. — „Sie haben wohl früher keine Kinder gehabt — weil man keine sieht?“

Mutelas Blut begann wieder aufzuwallen, aber er beherrschte sich.

„Eine ganze Menge!“ erwiderte er, Kimpiläinen gerade in die Augen sehend. „Wenn sie noch am Leben wären, hätte es hier keine Not.“

„In schauderte — doch man dürfte einen Sanolaxer nicht über einen Tapaften lachen lassen.“

„Damals in dem Hungerjahr — das Perzentleber — das hat viele Familien heimgemacht. — Es ist wohl hier nicht so schlimm gewesen?“

„Ne, ne,“ erwiderte Kimpiläinen, lachte auf und zwinkerte mit den Augen: das hatte ein Sanolaxer immer gern, wenn einer nicht um Worte verlegen war! Er küßte den Hut und ging wohlgeleitend weiter.

Mutela aber versank in noch schwerere Gedanken.

XV.

Der Tag, an dem über die Tausende des Kindes Beschlüß gefaßt wurde, war für Mutela ein schrecklicher Tag. Zwei Menschen, die nichts miteinander zu schaffen hatten, sollten für immer durch die Bande von Vater und Sohn vereinigt werden.

Allerdings nur der Form nach — das wußte Mutela, und es hielt ihn aufrecht. Aber diese Bande waren furchtbar, denn sie waren unauf löslich. Und es betraf nicht nur ihn, sondern es war zugleich ein Betrug sowohl gegen die göttlichen als gegen die menschlichen Gesetze — die Unterdrückung einer Sündenfrucht im Namen der Ehe. Konnte er an diesem Betrug teilnehmen?

Als er jedoch die Not der alten Frau las: es ist ja sehr unrecht, aber helfen Sie uns doch, Mutela, um Gottes willen, dies zu einem Ende zu bringen — da überwand er seine Bedenken. Was lag an den äußeren Gesetzen, wenn nur das innere erfüllt wurde, und dessen Erfüllung war: Leiblich mit den Lebenden.

„Als Namen haben wir Kullaa gedacht...“ fügte die Frau lächelnd hinzu.

„Das ist gut gedacht,“ erwiderte Mutela. Er konnte nicht anders, er mußte der leidenden Frau zustimmen.

Und so beruhigte er sich auch darüber.

In dem Tag aber, als das Kind nach Hause gebracht wurde, ergriff ihn von neuem die Angst — gewaltiger als je zuvor. Jetzt mußte er es sehen, es als Vater entgegennehmen, unter einem Dach, in einem Raum mit ihm leben, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche... Wie konnte er dies ertragen...?

Restitalo kam zu ihm, bläß wie ein zum Tode Verurteilter.

„Soll ich wohl an die Bahn gehen?“ fragte er mit klagender Stimme.

Er wußte, daß seine Frage überflüssig war, doch war er selbst so unruhig, daß er wenigstens ein paar Worte mit Mutela wechseln mußte, um zu erforschen, in welcher Gemütsverfassung sich dieser befand.

„Geh du nur,“ erwiderte Mutela und versuchte mit dem Kopf zu nicken. Indes bemerkte Restitalo, daß er ganz in seine eigenen Gedanken versunken war und gleichwie außer seiner selbst sprach.

„Wenn ich sie noch mit Ehren nach Hause bringe!“ jensezte Restitalo.

Mutela versuchte sich im Hause eine kleine Arbeit zu machen, aber daraus wurde nichts. Er überließ sich immer wieder seinen Gedanken, und seine Angst wuchs von Minute zu Minute. — Er begab sich auf den Hof hinaus.

„Soll ich zu den Jungen auf die Brache gehen — oder vielleicht doch lieber in den Wald?“ überlegte er. „Hier kann ich nicht bleiben.“

Er ging, machte aber schon nach einigen Schritten Halt. „Was nicht das auch — ich muß sie ja doch sehen.“

Er begab sich in den Vorbau der guten Stube und setzte sich auf die Bank.

„Wenn ich getrennt wohnen könnte, in irgendeiner Hütte, und nur zur Arbeit hierher käme?“ Er begann eigens darüber nachzudenken.

Da ertönte, fernher vom Wind getragen, ein langer Pfiff. Mutela fuhr auf, wie wenn ihn etwas gestoßen hätte. Jetzt kommt es — die Sünde und die Schande — lebend, atmend, sehend!

Es war ihm, als müsse er stehen und sich verbergen, und er rannte in die Stube. Dort begann er eilig umherzugehen — fühlte den Fußboden unter sich brennen und begann fast zu laufen. Dann blieb er plötzlich stehen.

„Jetzt steigen sie aus dem Zug. Alle blinzeln sich zu und lachen: guck, daß der „Vater“ sie nicht einmal abholt — hm!“

Er fühlte, daß er ersäde. — Hinaus!

Auf dem Hof angelangt, vernahm er einen zweiten Pfiff.

„Jetzt ist der Zug abgefahren — jetzt steigen sie auf den Wagen — jetzt kommen sie. — Weg, davon!“

Er machte sich auf, ohne daran zu denken, wohin. Zufällig bog er auf den Ufer des Sees führenden Weg ab und eilte auf diesem mit rasender Geschwindigkeit die Böschung hinab. Weg, weit weg, für immer!

Nach einer Weile hörte er hastige, laufende Schritte hinter sich — er fing auch selbst an zu laufen. Er bemerkte kaum, daß er das Ufer erreicht hatte, sah zwar das Wasser, weit vor sich, dachte aber nicht an Ertrinken noch an Tod, sondern nur an das eine: weg, weit weg! Ohne seine Geschwindigkeit in geringsten zu vermindern, lief er in den See und ließ im Wasser von dem leichten Ufer nach der Tiefe zu.

Da hörte er hinter sich einen Schrei und den Ruf: „Mutela, Mutela, um Gottes willen!“

Es war Hannas lebende, flehende Stimme. Er machte Halt, wie gefesselt. Keine andere Kraft als diese Stimme hätte ihn in dem Augenblick zurückhalten vermocht.

Er wandte sich um und sah das Mädchen bis an die Knöchel im Wasser stehen und ihm immer nachkommen.

Seine Gedanken gingen wirr durcheinander. Er winkte Hanna mit der Hand, sie solle zurückgehen, wußte jedoch nicht, was selbst tun, machte einige Schritte auf das Ufer zu, hielt aber wieder stehen.

Da bemerkte er dicht neben sich ein Boot. Er ging geradeaus auf das Boot, schloß es auf und ließ sich in den letzten rettenden Strohhalm, riß es mit einem Zuge ins Wasser, kürzte sich kopfüber hinein und griff nach den Rudern.

Hanna war ebenfalls dorthin gelaufen und bat: „Gehen Sie nicht, Mutela, gehen Sie nicht! Haben Sie noch diesmal Erbarmen. Gott wird helfen!“

Hannas Bitten und ihre Angst trafen ihn. Doch konnte er nichts sprechen, er deutete nur mit der Hand über die Schulter nach dem gegenüberliegenden Ufer. Dorthin wollte er — in die Wälder, weg, weit weg! Er begann so heftig zu rudern, daß das Wasser vorn an der Spitze brauste.

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Polizeiausbildung in New York

Von Oberregierungsrat Dr. Dard, Karlsruhe (Baden)

Je wichtiger die Aufgaben der Polizei im Kampf gegen das internationale Verbrechen werden, je enger sich diese Aufgaben international berühren, desto stärker und begründeter ist der Wunsch jeder vorwärts strebenden Polizei, die Arbeitsmethoden und die Technik auch der anderen kennen zu lernen, um aus dem Vergleich die Förderung zu entnehmen, die zur besten Lösung der der Polizei obliegenden Kulturaufgaben beifähigt.

So enthält auch eine der letzten Nummern der neuen New Yorker Polizeizeitschrift „Police Magazine“ eine eingehende Beschreibung der Berliner Polizei, wobei der Verfasser dieser Polizei und zwar insbesondere der Organisation der Kriminalpolizei und der technischen Einrichtungen mit Worten unerschütterlichen Lobes gedenkt.

Die Berliner Polizei hat sich aber auch Besondere Anerkennung verdient, weil sie die Einwirkung dieser Polizei gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere über die Ausbildung der Polizeibeamten, die wohl auch in Deutschland wieder besonders Interesse finden sollten.

Es sollen aus der erwähnten Nummer zunächst herausgegriffen werden die Ausführungen des New Yorker Polizeipräsidenten, Mr. Richard E. Enright über die Pflichten der Allgemeinheit gegenüber der Polizei.

Mr. Enright fordert einmal, jeder Bürger soll mitwirken, Verbrechen zu verhindern, und es folgen nun Aufträge und Anweisungen, die mit denen der in Deutschland bestehenden staatlichen Beratungsstellen gegen Einbruch und Diebstahl beinahe wörtlich übereinstimmen; z. B.: „Wenn du dein Haus verläßt, schließe die Tür ab, und die Zeit zurücklassen der Wohnung: Lasse keine Wertgegenstände im Hause, wenn du im Sommer verreist; Diebe können alle Häuser öffnen, wenn sie Zeit haben.“

Sodann die Mitwirkung des nicht unmittelbar betroffenen Bürgers bei der Verfolgung eines begangenen Verbrechens; die Schen, der Polizei Mitteilungen zu machen, trage viel dazu bei, daß eine Anzahl schwerer Straftaten nicht ermittelt werde; der Verbrecher sei ein Feind der menschlichen Gesellschaft und es sei Pflicht des Mitbürgers, freiwillig der Polizei Informationen zu geben und zu helfen, nicht aber bei Seite zu stehen und nur zu kritisieren. Ausführungen über Bürgerpflichten gegenüber der Polizei, die wohl auch in Deutschland beachtet werden! Denn der Polizeibeamte ist — auch in Deutschland — kein Kautschuk, wie Dr. Enright sich ausdrückt.

Abwärtens hochflügelig und interstanz erscheinen mit aber die Ausführungen über die Heranbildung der jungen New Yorker Polizeibeamten, weil sie sehr viel Parallelen zur Polizeiausbildung auch in Deutschland geben. In einem Artikel von Mr. Warren James über die Ausbildung des jungen Polizeibeamten weist dieser amerikanische Beamte auf

nächst darauf hin, daß man sich diese Ausbildung — sagen wir mal vor 25 Jahren — sehr einfach gemacht habe. Man suchte einen mutigen Mann und das sollte vielfach bis zu 100 Prozent genügen. Auf die Frage eines jungen New Yorker Polizeibeamten, wie er denn seiner Pflicht, den gegebenen Vorschriften auf der Straße Geltung zu verschaffen, nachkommen könne, ohne eine einzige dieser Vorschriften zu kennen, habe sein Vorgesetzter geantwortet: „Sind Sie nicht Polizeibeamter wie ich auch? Warum dann grübeln? Gehen Sie, und versuchen Sie wie wir alle.“ Eine für den damaligen Vorgesetzten sehr bequeme Antwort. Es kam dann die Zeit, wo der junge Beamte zu lernen anfing, und wo gute Freunde ihn dazu mahnten, weil sonst die Vorgesetzten seinen Namen, er wolle sie verdrängen.

Der erste Versuch, die Polizeiausbildung zu verbessern, erfolgte durch Theodore Roosevelt als Polizeipräsident von New York, aber als seine Dienstperiode zu Ende ging, schloffen die Versuche wieder ein. Erst das Jahr 1913 brachte eine endgültige systematische Reform: Es wurde zur Aufgabe der New Yorker Polizeischulen gemacht, einmal das geeignete Material herauszufinden und herauszugeben, und sodann das ungeeignete Material schon auf der Schule abzubauen. Nun konnte man das hin streben, eine Polizei zu schaffen.

Die Polizeischule setzt eine Aufnahmeprüfung voraus; niemand kann diese Aufnahmeprüfung bestehen, ohne einen Vorkursus oder eine ähnliche Vorbereitung durchgemacht zu haben; eine höhere Schulbildung allein und ebenso auch Unversitätbildung nützen, wie Mr. W. James sagt, sehr wenig für das Bestehen dieser Vorprüfung. Der Vorkursus setzt besondere körperliche Leistungsfähigkeit voraus (die erste Körperprüfung ist die schwierigste) und bereitet körperlich und geistig auf das polizeiliche Aufnahmeprogramm vor. Die Prüfung selbst ist dann eine körperliche und geistige, bei der besondere Vorbereitungen für eine unparteiliche Beurteilung geschaffen sind. Nach der Heilung dieser Prüfung werden die Amdarter, als Polizeibeamte einberufen, eingekleidet und kommen auf die Polizeischule.

Die eigentliche Schulungsdauer beträgt 6 Monate festgelegt wurde, stellt außerordentliche Anforderungen an den jungen Polizeibeamten, dessen Möglichkeit, vorwärts zu kommen, einzig und allein von seiner Leistungsfähigkeit abhängt. Der Polizeischüler muß selber mit allen Kräften mitarbeiten, deshalb kann auch die Zahl der Lehrer relativ gering und die Schülerzahl in den Klassen — ebenfalls gegenüber deutschen Verhältnissen — relativ groß sein. Die wissenschaftlichen Lehrer müssen in der Lage sein, nicht nur in ihrem Gebiet, sondern auch nötigenfalls in anderen Gebieten zu unterrichten.

Außerdem hier eine kurze Betonung der Einheitslichkeit des Berufs. In den bisherigen Unterrichtsständen hat der gegenwärtige Polizeipräsident Mr. Enright noch Kriminalpolizei hinzugefügt, wodurch die Dauer des Schuljahres um einen Monat verlängert wurde; besonders erwünscht sei, daß ein besonderer Unterrichtsgegenstand die Wechselwirkung von Kindern und Jugendlichen bildet.

Charakteristisch ist die frühe Verbindung des Schulunterrichts mit der Praxis: jeden Morgen nehmen die Polizeischüler an Vorführungen der Bestenommenen in den Polizeihauptstellen teil, und es wird ermahnt, daß sie behalten, was sie da hören. Dann wieder werden sie in Zivilkleidung paarweise in den Hauptverkehrsstraßen aufgestellt und müssen Aufzeichnungen machen darüber, was sie mit würden, wenn sie hier regelmäßig Dienst hätten usw.

Neben diesen praktischen Unterweisungen stehen auch Seminare vor, durch erfahrene Praktiker der Polizeibeamten. Einem wesentlichen Teil der Ausbildungsdauer der Polizeischüler, etwa die Hälfte der Tagesstunden, sind für körperliche Fortbildung, wenn Mr. James hier darauf hinweist, daß naturgemäß die Polizeibeamten keine Soldaten seien, daß aber niemand die Lasten tragen könne, daß eben ein Polizeibeamter eine gewisse körperliche Ausbildung haben müsse. Denn je mehr Disziplin, je größer die Leistungsfähigkeit auch der Polizei.

Zum Schluß noch einige Worte über die Ausbildung im Fingerabdruckverfahren. Es ist selbstverständlich, daß der Polizeibeamte schon auf der Polizeischule lernt, auf den Fingerabdruck zu achten, ihn zu erheben und zu sichern. Es ist aber auch charakteristisch, daß der New Yorker Polizei systematisch dazu übergeht, in einer besonderen Schule diese Kenntnisse auch Polizeibeamten anderer amerikanischer Städte und Staaten zu vermitteln. Denn was man für die Fortbildung der Polizei im allgemeinen tut, kommt doch wieder der New Yorker Polizei zugute, ein Grundgedanke der New Yorker Polizeischule, der ja auch von den großen Polizeigebieten und Landespolizeibehörden in Deutschland vertreten wird und der aus der sozialen und kulturellen Einwirkung jeder Polizei folgt, die über ihre engen Grenzen hinauswirkend, im Interesse der Allgemeinheit tätig sein will.

Kunst und Wissenschaft

Kunsthaus Sebald

Auf einer reizvoll vielversprechend illustrierten Karte hat Karl Hubdach zu seiner Ausstellung bei Sebald eingeladen. Bei der von gutem Geschmack diktierten Aufmachung der Kunstausstellung kann man über die außerordentliche technische Begabung des jungen Künstlers, vor allem über seine hochstehende zeichnerische Meisterhaftigkeit, er müßte seine große Eigenständigkeit und geistige Vermöglichkeit in jedem Maße. Der Maler zeigt sich, ein vom Wind umgeworfener Bretterhaufen zeigt ihn, der „Artur“ zeigt ihm, seine Umgebung zeigt ihn an, Politik zeigt er auf dem Papier zu projizieren, Weltanschauungen, die er im Herdentrieb sich ausstrahlend wohnen, zwingt ihn zu einem Bräutertanz. Aus all den vielen Blättern spricht ein reicher Geist, ein heller Witz und vor allem läßt sich ein gewisser Abstand feststellen, den Hubdach zu dem letzten Jahresfest uneres Erdendafestens gefunden hat. Im Leben wie in der Kunst. Nicht als schwacher, wankender Bohémist zeigt Hubdach mit seiner geschickten Hand da, sondern ein Schaffener läßt Schätze auf einen eigenwilligen Charakter zu. Wesen, das Widriges der Welt, die Eigenart der Kunst, die Wesenheit mit besonderem Reiz. Doch der ganz einfache, tiefen Wesenheit ist auf diesen Blättern unendlich viel feigebalten. Hier die seine fantastische, selbsterfindenden Ausdrucksweise, wie sie das Leben bietet, hat der Künstler sich einen eigenen Stil zu verschaffen. Mit ihm hält er den Geist, das Streben und das Sichausdrücken einer Zeit deutlich, oft witzig, geistreich überlegen, in einer wertvollen Form fest. Es ist wenigstens künstlerisch gelungen, aus diesem allgärtigen Stoffgebiet eine derartig scharf gezeichnete Prägnanz zu erreichen, wie dies Hubdach möglich ist. Auch sonst sieht man sich gerne in der geschmackvollen Kunstaussammlung des Hauses Sebald um. Ein andermal mehr davon.

D. B.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 9. Februar
Geschichtskalender

9. Februar. 1789 *Cabelberger, Begründer der deutschen Schenografie, in München. — 1881 †Der russische Schriftsteller Theodor Ostrowski in Petersburg. — 1905 †Der Maler Adolf von Rensel in Berlin.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Besitz Mühlburg. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Rheinland“ sehr wichtige Vertrauensmänner-Tagung. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Vertrauensleute bringen notwendig.

Besitz Mittel- und Südweststadt. Mittwoch abends 8 Uhr im „Cambrinus“ Parteiverammlung mit Vortrag des Gen. Dr. Lehmann über „Neue Menschen“. Wir erfragen die Mitglieder dringend, diese Vorträge zu besuchen.

Praktische Übungen im Arbeitsrecht. Heute Montag abends 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Debesstraße, Kreuzstraße, der dritte Vortrag des Gen. Dr. Lehmann statt. Der Redner wird heute das Thema: Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht behandeln. Die bisherigen Teilnehmer an den Vorträgen werden ersucht, auf diesen Vortrag zu besuchen. Da der Vortrag in sich abgeschlossen ist, können auch Hörer an ihm teilnehmen, die den ersten Vorträgen nicht beigewohnt haben.

Vertrauensmänner-Verammlung

Auf gestern vormittag waren in der Saale des Kaffeehauses die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei zusammengetreten, um zu den aktuellen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte Reichstagsabgeordneter Schöpslin übernommen. Derselbe stellte in den Vorbereden seiner Ausführungen die verschiedenen Parteien, die in letzter Zeit so sehr die Gemüter bewegten, in erster Linie die Sozialdemokratie, die gegenwärtig geradezu epideemisch grassiert. Der Redner gab eingehenden Aufschluß über die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus, der auf dem dumpfigen Boden der ersten Nachkriegszeit gewachsen ist und auch darüber, wie prominente Persönlichkeiten aus unserer Partei mit ihm in Berührung gekommen sind. Man muß dabei die Gefahren und die Begleitumstände ins Auge fassen. Wie alle Umwälzungen, so hat auch der Zusammenbruch des Reiches nach dem verlorenen Krieg jeiliche Erschütterungen zeitigt, die sich als Stände auswirken. Aber gemessen an dem gigantischen Umfang des Weltkrieges und seiner Folgen sind wir mit dem, was in Wirklichkeit passiert ist, noch glimpflich davongekommen, womit die Vorkommnisse an sich natürlich nicht zu entschuldigen sind, auch nicht damit, daß auch das Kaiserliche Deutschland nach dem 7. Jahre keine Ständeaffären (siehe Grünungs- und Umwälzungen) gehabt hat. Soweit heute unserer Partei dabei kompromittiert sind, so soll nichts verheimlicht oder vertuscht werden. Die Untersuchungsbehörden sollen rückwärts ohne Ansehen der Person ihres Amtes walten und ebenso sollen die Parteifunktionäre im gegebenen Falle ihre Konsequenzen ziehen. Wie sie es schon im Falle Bauer getan haben. Aber wenn die bürgerliche Rechtsprechung, besonders das „Karlsruher Tagblatt“, nicht mit großen Heberschriften in Entrüstung macht, und damit glauben machen will, als ob solche Dinge nur in der Republik passieren könnten, so wird sie damit Kundige nicht täuschen. Der Sozialdemokrat dieser Presse ist nur ein Teil einer groß angelegten Aktion mit dem Ziele des Sturzes des neuen Systems. Das geht schon daraus hervor, daß man nur wegen Bauer und um 1000 holländischen Provinzialgelden für Bauer gewaltige Unterstützung heuchelt, daneben aber den Hauptbestandteil der Reichsleubredung von 700 Millionen an die Industriellen veranlassen liebt. Aber die Herrschaften sollen nicht zu früh das Spiel als gewonnen betrachten. Unser Gegenstück wird einfallen. Es sind noch andere Mächte im Spiel, die solche, die nur mit uns gerupft werden können. Ein Teil der bürgerlichen Rechtsprechung hat in Anbetracht dessen den Posten schon um einige Meter zurückgelassen, wie z. B. die „Badische Presse“, die einen besseren Riecher hat, wie das von einem früheren Major redigierte „Karlsruher Tagblatt“.

Begleitend des Verhältnisses Bauers zu Bauer bemerkt der Redner, daß natürlich keine Rede davon sein könnte, daß Bauer während seiner Amtszeit als Reichsfunktionär in eigenmächtiger Weise mit Bauer Beziehungen gepflogen hätte. Die Barmat'schen Affären sind als gefährliche und waghalsige Geschäftstouren von Holland aus nach Deutschland gekommen. Sie sind nach dem Vorbilde Strunz' groß geworden, betrieben zunächst einen Festhandel und wandten sich an einflußreiche Persönlichkeiten in der Regierung heran. Und wer sich der Zeit der Nachkriegsmittelnot 1918/19 noch erinnert, wird begreifen, warum die Regierungstellen die Geschäftstouren eines Lebensmittelimporteurs begünstigten. Das einzige Vergehen Bauers besteht darin, daß er sich auf das Provinzialgeschäft mit den Barmat's eingelassen hat; als Privatmann hätte er das können, aber nicht als gewesener Reichsfunktionär. Er ist das Opfer seiner Unerschrockenheit in geschäftlichen Dingen geworden. Eigentliche Korruption liegt bei ihm überhaupt nicht vor.

An den Vorträgen schloß sich eine längere sachliche Diskussion an, an der sich etwa 9 Redner beteiligten. In derselben kam zum Ausdruck, daß keine Veranlassung besteht, unsere Reichstagsdelegation anzugehen oder ihre Vertrauensleute zu entziehen. Mehrere Redner wandten sich sogar gegen das heuchlerische Geschwätz der bürgerlichen Rechtsprechung, insbesondere das „Karlsruher Tagblatt“, das die Vorkommnisse in erbärmlich unwarmer Weise politisch auszuschnitten sucht. Es wurde beklagt, daß nach viele Proletarier diese Presse lesen und deren Gift zum eigenen Schaden in sich aufnehmen. Ein Gewerkschaftsführer wandte sich auch scharf gegen den Kommunistenführer Bauer,

der im Stadtrat von „Barmat-Sozialisten“ sprach. Barmatgel, der habe dieser edle Herr ja nun allerdings noch nicht genommen, aber er habe heute noch mit dem Tabakarbeiterverband abzurechnen wegen Gelder, die er früher für seine Gewerkschaft vereinnahmte, aber bis heute abzuliefern versagt. Der Herr ist dieserhalb schon verschiedentlich öffentlich angepöbel worden. Es gibt eben Leute, an denen alles aufen glatt herunterläuft. Ein anderer Redner wünschte, daß die auf sozialistischem Boden stehenden Arbeiter im allgemeinen mehr Mut aufbringen sollten, parteifeindlich abgemessenen Redereien in Werkstätten und am Werkisch mitvoll entgegenzutreten. Das Schick der Partei ist rein und kann durch überhöllende Verleumdungen nicht beschmutzt werden. Auch in der Presse sei eine scharfe Sprache zur Abwehr am Platze. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten wurde die gutbesuchte Veranstaltung um 1/2 11 Uhr geschlossen.

Zu den Störungen in der Stromversorgung

In letzter Zeit treten wiederholt Unterbrechungen in der Stromversorgung ein, von denen die am 23. Januar auf einen Kurzschluss im Elektrizitätswerk Karlsruhe, die vom 1. Februar auf eine momentane Überlastung des Fernleitungsnetzes und die am 6. Februar auf einen Kurzschluss in der Schaltanlage im Murwerk zurückzuführen ist. Gegen derartige Ereignisse kann man sich beim Zusammenarbeiten mehrerer Stromerzeugungszentralen nicht schützen. Neben diesen sämtlichen Unterbrechungen in der Stromzufuhr konnte man vor 14 Tagen im Mittelstadtgebiet gerade zu Beginn der Beleuchtungsetzt ein Abnehmen der Leuchtkraft der Beleuchtungs-förderer und zweimal sogar eine Unterbrechung von einigen Sekunden Dauer feststellen. Diese Erscheinungen waren auf eine Überlastung des Kabelnetzes und der Stationen im vorgenannten Gebiet zurückzuführen. Maßnahmen zur Vermeidung dieser Störungen sind seitens der zuständigen Stellen eingeleitet worden.

Das Tragen von Abzeichen an der Helmholtz-Schule verboten

Die Helmholtz-Oberrealschule hier hat gemäß dem Erlass des Unterrichtsministers aufgrund einstimmigen Beschlusses der Lehrerschaft das Tragen irgendwelcher Abzeichen in der Schule rundweg verboten. Das ersichtliche Vergehen löste auch bei den Schülern der Anstalt ungeteilte Befriedigung aus.

Ein ganz Geschickter

Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten teilt uns mit: Eigenartige Geschäftspraktiken hat die Firma Otto Dingas, Kalkerei, Fabrikant in Karlsruhe-Mühlburg, Lamesstr. 23. Sie sucht in einem Inserat des „Karlsruher Tagblatt“ vom 29. Januar 1925 einen solchen lebenden Mann, auch Rentempfänger für leichte Arbeit. Erforderlich ist eine Kauflust von 1000 M. Wer also bei Herrn Dingas arbeiten will, muß 1000 M. mitbringen. Von diesen 1000 M. will Herr Dingas zwei Rübse beschaffen, die als „Sicherleistung der Kauflust“ dienen soll. Die angebotene leichte Arbeit besteht nun darin, daß der Arbeitnehmer eine Anzahl Riegen und die neugekauften zwei Rübse füttern und pflegen soll. Man muß schon sagen, daß Herr Otto Dingas sein Handwerk versteht und sich würdig in die Reihe großer Vorbilder einfügt.

Der Columbus-Film. Von der Weltausstellung in Wembley, wo uns England seine Macht und Größe zeigte, führten uns diese Woche die Badischen Lichtspiele an die Arbeitsstätten deutscher Wirtschaft. In dem Columbus-Film lernen wir die Entstehung dieses größten Dampfers der Welt im Aufbau befindlichen deutschen Handelsflotte vor seiner Kiellegung bis zum Stapellauf kennen und fahren mit ihm auf seiner ersten Reise von Bremen nach New York. Erst im Schema, in der Zeichnung, und dann in der Wirklichkeit sehen wir, wie der Koloss empordrückt, wie er endlich beim Stapellauf seinem Element, dem Wasser, übergeben wird, wie verfolgt den Bau seiner Inneneinrichtung von der Schraubenschraube bis zur Luxusfabrik. Wunder der Technik, deutsches Gewerbetum, deutscher Kunst lernen wir da kennen; gefaschnoll, gebieter, behäuflich und gemütlich ist alles eingerichtet. Mit Stauern bekannt man die riesigen Einrichtungen zur Verfrachtung der Passagiere und Besatzung, die gewaltigen Rührräume, den großen Küchenapparat, und nicht mindere Bewunderung erregen die maschinellen Anlagen von den Delfesseln an bis zu den Unterwasserfahrtsvorrichtungen, dem Kreislauf, dem Jantenanagen. Einzig schöne Meeresbilder stehen am Auge vorüber; wir leben weiter, wie sich die Passagiere an Bord die Zeit während der Überfahrt vertreiben, wir gehen mit ihnen in New York an Land. Und zum Schluß sieht ein Stück der modernen Riesenschiffstadt am Auge vorüber, die Wollentrichter, der Riesenverleber, das größte Hotel der Welt, in dem 5000 Gäste beherbergt und verpflegt werden können. Alles in allem ein Film, der uns mit Stolz und Bewunderung erfüllt. Mit daher Generale baut sich die durch den Verfallter Vertrag vernichtete deutsche Handelsflotte wieder auf. Der „Columbus“ ist ein prächtiges Wahrzeichen dieser Aufbauarbeit. Herr Korvettenkapitän Rodebeck erklärt in vorrätiger Weise den Film, er war für die „Landschaft“ ein vorzüglicher Führer. Auch dieser Film ist eines Besuches wert.

Schwerer Autounfall. Zu dieser Zeit im Polizeibericht in der Samstagnummer ist noch nachzutragen, daß der Verunglückte seinen Verletzungen erliegen ist. Es handelt sich um den 41 Jahre alten Malermeister Jakob Dreifinger, eines fleißigen und nichternen Handwerksmeisters. Der Autoführer fuhr beinahe, ohne sich um den Verunglückten anzunehmen, aber es gelang dennoch, das Auto und den Chauffeur zu ermitteln. Letzterer wurde verhaftet.

* Nord in Dufensack. In der Nacht vom 7. auf 8. Februar früh 4 Uhr entfernte sich der ledige 25 Jahre alte Spinnereiarbeiter Hermann Nuderer aus seiner elterlichen Wohnung in Dufensack und begab sich an das katholische Schweisternhaus und betete sehr laut an dem Altar, der sich im Garten des Schweisternhauses befindet. Auch rief er der Schweisternschwester, als diese erwiderte, daß sie gleich darauf auf der Eingangstreppe des Schweisternhauses sei zusammengebracht. Der Täter wurde von Ortseinschreibern überwältigt und sodann mit teils Krankenautos nach dem südlichen Krankenhaus hierher verbracht.

(*) Kindertransport. Am Dienstag, den 11. Februar, abends 7.56 Uhr kehren die vom Verein Jugendhilfe im Rinderheim Schloß Friedenweiler bei Reusstadt i. Schw. untergebracht Kinder nach sechsmonatlicher Kur hierher zurück.

(*) 25 Jahre im Postdienst. Man schreibt uns: Auf eine ununterbrochene 25jährige Postdiensttätigkeit konnten dieser Tage die Herren Polizeikommissar Breunert und Polizeiwachmeister Reinhold Maier hier zurückblicken. Beide Jubilare sind in weitesten Kreisen hiesiger Stadt sehr bekannt und genießen bei der Bürgerschaft allgemeine Achtung. Ebenso wie man in der Weststadt den Ernst Brennenstuhl fast in jeder Familie kennt, ebenso bekannt ist der alte Maier in der Altstadt, dem sogenannten Dörfle. In den Kreisen ihrer Vorgesetzten und Kameraden erfreuen sich die beiden Jubilare allgemeiner Verehrung und Beliebtheit. Während ersterer einem persönlichen Wunsche gemäß sein Jubiläum in aller Stille beging, wurden letzterem seitens seiner Kameraden verschiedene Ehrungen zuteil. Ein Stimmgebende mit entsprechender Widmung grüßte ihn an seinem Jubeltage von seinem Arbeitstische aus, während gegen Mittag sich sämtliche Beamte des Reviers, in dem er seinen Dienst versieht, auf der Wache Mendelssohnplatz versammelten, wo ihm der Reviervorsteher, Herr Polizeikommissar Puhles, unter anerkennenden Worten namens sämtlicher Beamten des Reviers ein Geschenk überreichte. Auch die Gefasnsabteilung, deren passives Mitglied Herr Maier ist, ehrte den Jubilar durch Darbringung eines Ständchens bei seiner Wohnung im Borort Rindheim.

Vielles Streichorchester-Proben. Obermusikmeister a. D. Giese sucht, wie aus einem Inserat in der Samstag-Nummer hervorgeht, leistungsfähige Instrumentalisten aus Streich- und Blasinstrumenten. Näheres ist aus dem Inserat in der Samstag-Nummer ersichtlich.

Aus den Vororten

eff. Naturfreunde. Zu einem Familienabend hatte am letzten Sonntag die Ortsgruppe Durland in ihre Mitglieder und Anhänger geladen. Die Festhalle erbot sich erfreulichem als als klein. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Obmann Bruner wies die Ortsgruppe in die Richtung der Naturfreunde. Die Ortsgruppe wurde durch den Vorsitzenden begrüßt, während das Orchester der Ortsgruppe Mannheim als Gast den Vortritt nahm. Es war denn auch ein Genuß, dieser Schar zu lauschen, die den leichten Regungen ihres musikalisch gewissenhaften Dirigenten folgte, und somit eine Wiedergabe erstellte, die wirklich Staunen erregte. Alles in allem war dies eine Merkwürdige Veranstaltung, die hoffentlich recht bald ihre Früchte zeitigt durch eine Stärkung unserer Durlander Naturfreunde. Berg frei

Veranstaltungen

Colosseum. Heute abends 8 Uhr Vorlesung-Vorstellung. Eine zweite Damen- und Fremdenstunde mit nachfolgendem Ball hält die Karnevalsgesellschaft des Gesangsvereins Badenia am Sonntag den 15. Februar im Saale des „Kühnen Kreuz“ ab. Auch diese Sitzung dürfte sich der in der Festhalle abgehaltenen ersten Sitzung in würdiger Weise anschließen. Da hierfür wieder erstklassige Redner gewonnen sind, werden Freunde eines geistigen und fröhlichen Sammers wieder einige genussreiche Stunden in Aussicht gestellt. Alles Nähere siehe Anzeiger in dieser Zeitung und Plakatsäulen.

Vorläufige Wettersvorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 10. Febr.: Meist trübe, regnerisch, mild, starke westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schweizerinsel 25, gef. 3; Rehl 148; Marxau 310; Mannheim 216, gef. 3 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Gustav Laker, Schneidemeister, Chemann, alt 67 Jahre. Robert Berino, Eisenbahninspektor, Chem., alt 39 Jahre. Karoline Rühlmüller, alt 82 Jahre, Witwe von Vitus Rühlmüller, Hammermeister. Jakob Vies, Werkführer a. D., Chemann, alt 68 Jahre. Erich, alt 19 Tage, Vater Ludwig Stub, Oberregierungsrat. Johanna v. Köhl, alt 60 Jahre, Ehefrau von Gustav Köhl, Hauptmann a. D. Karl Schaubt, Kontrolleur, Kontrolleur, Chemann, alt 52 Jahre.

Bereinsanzeiger

Reisingarten. (Soz. Verein.) Dienstag abends 8 Uhr Parteiverammlung im Lokal. 172 Der Vorstand.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Rob. Zahn u. Co., G. m. b. H., Magdeburg, über ihr in vielen Tausenden von Fällen bewährtes Nervennähmittel „Nervon“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen. 173

Es wird empfohlen!

5,90
7,90
9,75

RESI

Billige Schirm-Woche

FRANCK & CIE. / Kaiserstraße 110.

Deutscher Reichstag

Berlin, 7. Febr. (Eig. Bericht.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst das vorläufige Wirtschaftsausschusses mit Siam.

Abg. Daub (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der die Annahme des Vertrages empfiehlt. — Abg. Frhr. v. Frentag-Loringhoven (Dnt.) erklärt, der Vertrag mit Siam widerspreche der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches. — Abg. Haas (Dem.) wendet sich gegen diese Meinung und beantragt, Reichsaußenminister Stresemann herbeizurufen, damit er auf diese Meinung erwidert. — Abg. Hermann Müller (Soz.) unterstützt diesen Antrag. — Abg. Rube (Foz.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses. — Da das Büro zweifelhaft wegen der Beschlussfähigkeit des Hauses ist, wird hierüber eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Die Abstimmung ergibt, daß nur 242 Abgeordnete anwesend sind, während zur Beschlussfähigkeit 247 Abgeordnete erforderlich waren.

Präsident Löbe schließt daher um 2 Uhr nachm. die Sitzung. Um 2 1/2 Uhr eröffnet Präsident Löbe die neue Sitzung. Zunächst nimmt das Haus einen Osterentwurf zum deutsch-siamischen Abkommen über Eisenbahnen im Grenzverkehr an. Dann wird die

Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Kädel (Komm.) erklärt, daß aus der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts für die deutschen Arbeiter noch nichts herausgekommen sei und auch nichts herauskommen könne, weil in Deutschland jetzt die letzte Etappe der Reaktion erreicht sei.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.)

wünscht, daß die Veröffentlichung der Jahresberichte der Gewerkschaftsbeamten nicht so lange wie bisher auf sich warten lassen soll. Sie enthalten wertvolles Material, das für die Sozialpolitik verwertet werden muß. Die Zahl der gewerbeaufsichtstätigen Beamten müsse weiter vermehrt werden, es mangle durchaus an genügender Kontrolle, besonders in der Textilindustrie, die zum Teil die Arbeitszeit der Arbeiterinnen willkürlich und ganz unerbittlich verlängert habe. Wenn diese Frauen selbst zur Befreiung von Arbeitsstunden drängen, so ist das doch nur ein Beweis dafür, wie erbärmlich niedrig die Löhne sind. Die Schonung der Schwangeren lasse noch immer zu wünschen übrig. Für das Kind im Mutterleib wird die Arbeit der Mutter zum Fluch. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt dringend eine Reform des Kinderzuschusses. In seiner heutigen Verfassung ist es nicht mehr zu verantworten. Wir haben eine Entschädigung eingebracht, die einen Sommerurlaub für jugendliche Arbeiter und Angestellte verlangt. Schon vor zwei Jahren habe ich die gesetzliche Regelung dieser Frage beantragt, aber dafür fand sich in diesem Hause keine Mehrheit. Jetzt aber sind die Verhältnisse so schlimm geworden, daß wir nicht mehr länger warten können. Durch den sozialpolitischen Abbau haben sich die gesundheitlichen Zustände gerade der Jugendlichen außerordentlich verschlechtert. Wir müssen bedenken, daß viele der Jugendlichen in den Wintermonaten die Sonne überhaupt nicht mehr sehen. Was für uns ganz selbstverständlich ist, daß wir uns in den Sommermonaten erholen wollen, das muß für die schaffende Jugend erst recht selbstverständlich sein. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Regelung dieser Frage im Arbeitszeitgesetz versprochen, sie ist aber so dringend, daß sie sofort geregelt werden muß. Sollte unsere Entschädigung zurückgestellt werden, dann muß das Arbeitszeitgesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden. Wir verlangen weiter die schnelle Vorlage des Berufsausbildungsgesetzes für Jugendliche, und eine Förderung der Berufsberatung, besonders für werdende Frauen. Vor zwei Jahren sind uns Versprechungen darüber gemacht worden, aber seitdem ist nichts geschehen. Die Berufsberatung muß in ganz anderer Weise als bisher mit Heran und Herkommen zusammenarbeiten. Wenn immer wieder die Einwände gegen die Heranwertigkeit der Frauenarbeit erhoben und damit die schlechteste Entlohnung begründet wird, so sorgen Sie für bessere Berufsbildung. Das ist besonders wichtig für die jungen Mädchen, die noch viel mehr als die Jungen sofort nach der Schule ins Leben hinausgetrieben werden, damit sie nur schnell verdienen. Ueberhaupt muß für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter gesorgt werden, dann kann auch nichts gegen die gleichwertige Bezahlung eingewandt werden. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht die produzierte Ware als das Größte zu gelten, sondern der produzierende Mensch — er muß im Mittelpunkt der Wirtschaft und Sozialpolitik stehen. Was ist uns nach dem Kriege noch geblieben, die heranwachsende Jugend! Wir müssen mehr als bisher für sie sorgen, müssen mehr für ihre Entwicklung tun. Wir Gegenwärtigen sind nun einmal die Verantwortlichen für die Zukünftigen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heiser (D. Sp.) verlangt größeres Verständnis für die Bedürfnisse des Handwerks. In dem Wesen der Handwerkerlehre dürfe nicht gerüttelt werden. An sozialer Fürsorge für die Lehrlinge habe es das Handwerk nie fehlen lassen. (Widerstand bei den Soz.) — Abg. Schreiber (Dem.) ist in vielen Punkten mit den beiden Vorschlägen einverstanden, glaubt aber, daß jetzt schon leider von vielen Meistern das Lehrlingsverhältnis als gewerkschaftliches Arbeitsverhältnis behandelt werde. — Abg. Behnken (D. Sp.) befreit entschieden, daß die Ausbildung des gewerkschaftlichen Nachwuchses sich verschlechtert habe. Die Ausbildung im Handwerk stehe vielmehr in Deutschland auf ganz hervorragender Höhe. — Abg. Peggold (Wirtsch. Sp.) wendet sich gegen eine schematische Gleichbehandlung der Lehrlingsausbildung in den verschiedenen Berufen. Von einer Lehrlingszucht könne keine Rede sein. — Abg. Thiel (D. Sp.) erklärt, man könne nicht verallgemeinern, aber es gäbe viele Orte, an denen sich eine Verkürzung der Lehrzeit empfehlen ließe. Der Eintritt in das Berufsleben in das internationale Arbeitsamt könne nur bei voller Gleichberechtigung und nach Erfüllung für Deutschland selbstverständlicher Voraussetzungen erfolgen.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.)

trifft in Abweisung der Ausführungen von Mitgliedern der Rechten nochmals darauf ein, daß alle Schutzmaßnahmen für jugendliche und insbesondere auch die Lehrlingsausbildung gesetzlich geregelt werden müssen. Wenn die Vertreter der Rechten behaupten, daß das Lehrlingswesen bereits in bester Ordnung sei, könne man nicht verstehen, warum sie sich gegen die gesetzliche Regelung dieser Frage wenden. Es wird dann die vorher abgebrochene zweite Beratung des deutsch-siamischen Wirtschaftsausschusses fortgesetzt.

Außenminister Dr. Stresemann

wendet sich gegen die Kritik, die der deutsch-siamische Abgeordnete Dr. v. Frentag-Loringhoven an dem Abkommen geübt hat. Es liege durchaus kein Zeugnis deutscher Schwäche darin, wenn die Verhandlungen in Berlin geführt wurden. Das lag vielmehr im deutschen Interesse. Unberechtigt ist auch die Kritik daran, daß der Text des Abkommens in englischer Sprache abgefaßt ist. Das Zurücktreten auf einen Text in dieser Sprache ist für die deutschen Kaufleute zweifellos praktischer, als wenn man sich auf die wenig bekannte siamische Sprache hätten verlassen müssen. Das Abkommen war dringend notwendig, denn nach dem bisher geltenden Recht war es den deutschen Kaufleuten verboten, siamischen Boden zu betreten. Der für Deutschland außerordentlich schädliche Artikel 18 des Verfallers Vertrages, der die Beschlagnahme deutschen Eigentums zuläßt, ist vertraglich ausgeschlossen nicht nur für Siam, sondern auch für England, Belgien, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Portugal, Japan, Peru und Kanada. Abgeordneter v. Frentag-Loringhoven bemängelt weiter, daß wir die siamische Gerichtsbarkeit anerkennen. Gerade Deutschland muß es vermeiden, als eine Macht angesehen zu werden, die zwar selbst Gleichberechtigung für sich verlangt, aber sie andern verweigert. Den Gedanken des Uebergewichtes der Europäer über andere Völker haben gerade jene europäischen Völker verleugnet, die im Weltkrieg außeruropäische Staatsangehörige als gleichberechtigte Kriegsteilnehmer verwandten.

Dr. Stresemann bedauert am Schluß besonders die Wendung des Abg. v. Frentag-Loringhoven, daß der Vertragsbeschluß die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt habe. Selbstverständlich kann dieser Vorwurf nicht gemeint gewesen sein; denn der Vertrag stimmt mit dem, was ein Teil seiner Freunde für den Vertrag stimmten, überein. (Gr. Heiterkeit links und in der Mitte.) Obgleich man zugestehen muß, daß die Lage Deutschlands nach dem verlorenen Kriege eine außerordentlich bedrückte ist, die sehr häufig der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches wenig entspricht. Wir sind ja überhaupt kein souveräner Staat mehr. Es ist aber unrichtig, der Regierung aus den Folgen der Zwangsorgane Vorwürfe zu machen. Wir sollten nicht immer davon sprechen, was gewesen ist, sondern von dem, was uns geblieben ist und was wir wahren wollen.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Der deutsch-siamische Vertrag vorzuziehen, sie habe mit diesem Vertrag die Ehre und Würde des Deutschen Reiches geschädigt. Das sagt der Vertreter der siamischen Regierungspartei! — Abg. Graf Westarp (D. Sp.): Die Meinung des Abg. v. Frentag-Loringhoven ist nicht so gefaßt, wie sie hier artikuliert wurde. Er hat nicht gesagt „Ehre und Würde“, sondern: „Ansehen und Würde des Reiches werden durch den Vertrag geschädigt“. Diese Auffassung teilt die ganze Fraktion, während ein Teil dem Vertrag trotzdem zustimmen will, um die deutschen Kaufleute nicht zu schädigen. Es handelt sich hier um eine Vorlage des früheren Kabinetts. Lediglich ist auch in früheren Regierungskabinetts es manchmal vorgekommen, daß Kritik an einer Regierungsvorlage geübt und daß auch dagegen gestimmt wurde. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Aus den Ausführungen des Vordröners geht hervor, daß es in der deutsch-siamischen Fraktion die einheitliche Auffassung gibt, dieser Vertrag schade Ansehen und Würde des Deutschen Reiches. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, einen Vertrag zuzustimmen, der nach der nächsten Regierungspartei Ansehen und Würde des Reiches schädigt. (Beifall.)

Bei der Abstimmung erklärt Präsident Löbe, daß das Haus nicht beschlußfähig sei. Die Sitzung wird daher abgebrochen. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Reichsarbeitsministerium und Siamvertrag. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt:

Sassfeld: Mittwoch, 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Genossen Reinmuth-Karlsruhe über „Christentum, Religion und Sozialismus“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch dieses allgemein interessierenden Vortrags zu sorgen. Ganz besonders aber wird die Anwesenheit aller Genossen und Genossinnen erwartet.

Stein, Amt Florheim: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag im Rathaus. Gen. Dr. Engel-Karlsruhe spricht über „Betriebsform und Sozialismus“. Alle sich für den Vortrag interessierenden, alle Genossen werden erwartet.

Gaggenau: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Gambrium“ mit Vortrag des Landtagsabg. Gen. Grohmann-Konstanz über „Die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen“. Vollständiges Erscheinen aller Genossen, Freunde und Anhänger unserer Sache wird erwartet.

Ellingen: Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sonne“ öffentlicher Vortrag des Landtagsabg. Gen. Friedrich-Mannheim über „Die Gefahren der Rechtsregierung für die Arbeiterklasse“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu sorgen.

W. Baden: Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Brauerei Bleher“ öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Gen. Reinmuth-Karlsruhe über „Nebel und Bismarck“. Die Genossen und Genossinnen, deren Erscheinen als selbstverständlich angenommen wird, werden gebeten, für guten Besuch zu sorgen.

Heilbrunn, Amt Reß: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag des Gen. Warrer-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. Es wird gebeten, für guten Besuch aus den Kreisen der unsrer Bewegung nachstehenden zu sorgen, das Erscheinen sämtlicher Genossen wird als selbstverständlich erwartet.

Stettfeld, Amt Bruchsal: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag des Gen. Trinius-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. Es wird gebeten, für guten Besuch aus den Kreisen der unsrer Bewegung nachstehenden zu sorgen, das Erscheinen sämtlicher Genossen wird als selbstverständlich erwartet.

Wannenknecht, U. Ellingen: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus, öffentlicher Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe über „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Für zahlreichen Besuch dieses allgemein interessierenden Vortrags sollte gebeten werden.

Wobbe-Tabletten
für Sänger, Redner, Räucher

Gewerkschaftliches

Kampfstimmung in der Metallindustrie Mittelbadens

betitelt sich ein Artikel des „Badischen Beobachters“ vom Sonntag, den 7. Februar. Zu dieser Sache wird uns geschrieben: Zu dem Artikel selbst wollen wir vorläufig nur inoffizielle Stellung nehmen, um einige Mängelstellen und schiefe Darlegungen zu bezeichnen. Auf den sachlichen Teil können wir jetzt, mitten in der Bewegung, aus tatsächlichen Gründen nicht nachhaken und werden wir dies nach Beendigung derselben nachholen.

In dem Artikel heißt es, „nach Schließen des Betriebsrats der Maschinenbaugesellschaft, welche letzterer hinsichtlich der Gesamtangelegenheit des Betriebs Schmierleiten machte, wies die Versammlung einen außerordentlich starken Besuch auf.“ Hierzu sei folgendes bemerkt: Es muß als eine gelinde gesagt, Dreißigkeit bezeichnet werden, daß der christliche Metallarbeiter-Verein im Betrieb der Maschinenbaugesellschaft eine Betriebsratsversammlung ohne Zustimmung des dortigen Betriebsrats abgehalten und am spärlichen Beleg anwesenden zu können. Lediglich dagegen hat der Betriebsrat Einspruch erhoben bei der Direktion. Eine Betriebsratsversammlung einzuberufen, so viel Gesetzeskenntnis haben wir allerdings von einem christlichen Gewerkschaftssekretär vorausgesetzt, kann nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat erfolgen. Allerdings ist dem christlichen Metallarbeiter-Verein ein Selbstbesitzer durch Herrn Betriebsratsdirektor H. entstanden, welcher glaubt, bei jeder Gelegenheit beitragen zu müssen, die christliche Organisation, die kaum leben kann, zu unterhalten.

Nachdem der Titel „Betriebsratsversammlung“ in Mitglieder-versammlung umgewandelt war, war die Angelegenheit für den Betriebsrat der Maschinenbaugesellschaft erledigt. Nun heißt es, die Versammlung wies einen außerordentlich starken Besuch auf. Hier könnte man ausrufen: „Beschreibung ist eine Fiktion.“

Die Versammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den letzten Wochen waren von Laufend und Ueberausend Teilnehmern besucht. Wir nahmen dies als eine Selbstverständlichkeit hin, ohne nach außen hin mit diesen Zahlen zu parabolieren. Der christliche Metallarbeiter-Verband allerdings bezieht sich auf eine, und schreibt 125 Teilnehmern Besuch der Versammlung in der jetzt so kritischen Zeit, schon als außerordentlich gut. Hierbei müssen noch 3 Dutzend in Abzug gebracht werden, die von unseren Kollegen besucht war. Ferner hat man von allen anderen Betrieben der Umgebung die christlich organisierten Arbeiter hinzugezogen. Kommt es da einem Wunder, wenn diese Organisationen von den Unternehmern noch niemals ernst genommen wurden?

Interessant ist noch folgendes Bekenntnis, daß die christliche Arbeiterklasse unter seinen Umständen bereit ist, einer Verkürzung der Arbeitszeit zuzustimmen, daß sie es aber ablehnen müsse, nach Ablauf der Abkündigung des Arbeitsverhältnisses, die 48-Stundenwoche streng einzuhalten. „Was ich mit dem Geld und nach nicht nach“, war ja von jeder der Grundzüge dieser Leute. Starke Töne reden in Versammlungen und durchdringender vor Kampfsitzungen, ist nicht verwunderlich bei der „Stärke“ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Mittelbaden. — Dies vorläufig.

Betriebsratswahlen 1925

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Die einjährige Amtsdauer der Betriebsräte beginnt jeweils mit Ablauf der Wahl in dem betreffenden Betriebe. Ein fester Wahltermin besteht nicht. Aufsoberlegen können die Wahlen während des ganzen Jahres stattfinden. Das ist auch immer dann der Fall, wenn die Amtsübertragung eine Neuwahl nötig macht. Die Gewerkschaften haben aber wegen der Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ein Interesse an einheitlichen Neuwahlen, und sie haben deshalb seit Inkrafttreten des Betriebsratsgesetzes dafür Sorge getragen, daß die Neuwahlen der Betriebsräte alljährlich in den Monaten Februar/März erfolgen. Nach Ablauf der Neuwahlen kann dann die organisatorische Eingliederung in den Funktionärskörper der Gewerkschaften vorgenommen werden. Damit ist der Arbeiterbewegung bestens gedient.

Die Gewerkschaften bereiten die Betriebsratswahlen für 1925 bereits vor. Gerade in diesem Jahre sind diese Wahlen besonders wichtig. Der passive Widerstand mit der Inflation liegend hinter uns, ebenso schwere Kämpfe um den Wirtschaftszustand und um die Friedensrealisation im vergangenen Jahre. Neue schwere Kämpfe stehen bevor. Die politischen Verhältnisse sind derart, daß die Arbeiter und die Angehörigen ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen sein werden. Starke Organisation vor Kampfsitzungen, ist nicht verwunderlich bei der „Stärke“ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Mittelbaden. — Dies vorläufig.

Es darf im Jahre 1925 auch nicht mehr vorkommen, daß Betriebe keine Betriebsratswahlen wählen und damit auf die wichtigen Rechte aus dem Betriebsratsgesetz verzichten. Ein solcher Zustand ist unvereinbar mit der Würde der Arbeiterbewegung. Durch Laubst werden auch nur die Bestrebungen der Gegner der Arbeiterbewegung unterstützt. Diese Gegner setzen sich alle Mühe, die Macht der Arbeiter zu untergraben. Die Unternehmer führen einen harten Kampf gegen die bestmögliche des kollektiven Arbeitsrechts, die Gewerkschaften und die Tarifverträge. Die Unternehmer wollen die Wertsgemeinschaft, wo sie wieder die Herren und die Arbeiter die Knechte sind. Dabei wollen sie sich auch der Betriebsräte bedienen und sie für Betriebsvereinbarungen gewinnen. Die Kommunisten arbeiten auch hier den Unternehmern in die Hände, indem sie durch die Betriebszellenpolitik die Gemeinamkeit der Arbeiter aller Arbeiter untergraben und durch die in die Arbeiterklasse getragene Uneinigkeit die Macht der Arbeiterbewegung schwächen. Dadurch wird auch der Einfluß der Betriebsratswahlen vermindert.

Die Arbeiter und die Angehörigen müssen sich gegen diese Angriffe von zwei Seiten wehren. Die freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Arbeiterbund) rufen gemeinsam an den Neuwahlen der Betriebsräte in den Monaten Februar und März 1925 auf, und sie haben hierfür die Parole ausgesprochen: Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften! Die Arbeiterklasse muß diese Parole in die Tat umsetzen, indem alle Arbeiter und Angehörigen der freien Gewerkschaften werden und alle Gewerkschaften nur freigeberkschaftliche Betriebsräte wählen, die sich durch Sachlichkeit, Erfahrung und Kenntnisse auszeichnen, das wichtige Amt eines Betriebsrats ausüben.

Auch die Betriebsratswahlen 1925 müssen auf einer Niederlage der Gegner der Arbeiterklasse, besonders der Unternehmer und der Kommunisten, führen. Die freien Gewerkschaften müssen als unbesiegbare Sieger aus dem Kampfe hervorgehen.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigsten Preisen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kaiserstrasse 107/1, Telefon 1073, Salamander - Schützenhaus

Kleine badische Chronik

Mannheim. Wegen der hohen Bierpreise hier berichtet uns der Arbeiterkreis bedeutende Erregung. Der Preis ist für ein Dreieckel-Bier von 14 auf 18 Pf., also um 4 Pf. erhöht worden. Die Birze haben viel härter ertritten als die Brauereien. — Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den badischen Arbeitervereinen erfolgte eine Ermäßigung des Besatzpreises mit einigen Bierbeständen, Verabreichung des Verbrauchpreises um 2 Pf., das Bier. Der neue Preis von 16 Pf. wird von Donnerstag, den 5. Febr., ablaufen.

Mannheim. In selbstmörderischer Absicht sprang ein 27jähriger Bäckergehilfe in den Rhein. Als er aber das kalte Wasser spürte, kehrte er sich um und schwamm an das Land zurück. Zerrüttete Familienverhältnisse veranlaßten ihn zu der Tat. — Ein eigenartiger Eisenbahnunfall ereignete sich vor dem Bahnhof Friedrichsfeld. Ein Personenzug hielt auf freier Strecke, da er keine Einfahrt hatte. Die Passagiere stiegen aus, sie waren schon in der Station Friedrichsfeld und öffneten die Wagentüren. In demselben Augenblick fuhr ein Güterzug vorbei und zerrüttete drei Wagenelemente. Ein Reisender erlitt Verletzungen. — Ein übermäßig schnell fahrender Motorradfahrer überfuhr einen gehenden Volkshüter, der erheblich verletzt wurde. — Der 68-jährige Reallehrer Friedrich Zimmermann (früher in Mannheim) promovierte in München in der philosophischen Fakultät und erwarb die Doktorwürde mit der höchsten Auszeichnung.

Willingen. Das Spielen der Kinder mit Schusswaffen hat wieder zu einem Unglücksfall geführt, der noch glimpflicher abgelaufen ist, aber um ein Haar ein Menschenleben gekostet hätte. Von mehreren Spielkameraden hantierte einer mit einer Schusswaffe. Einer der Jungen sagte zu diesem, er solle nur auf sie schießen, er treffe sie doch nicht. Der andere ließ sich durch diese Reden beruhigen und gab einen Schuß auf den Boden ab. Durch das Geräusch wurde ein Knabe am Oberlippenrand nicht schmerzlos, aber immertin erheblich verletzt, indem ein Kugel in das Schulterblatt und in die Brustmuskulatur ging und dort stecken blieb, ohne eblere Organe zu verletzen. Der Verletzte konnte noch selbst ins Krankenhaus gehen, wo er in Behandlung genommen werden mußte. Der Verfall zeigt wieder die Gefährlichkeit des Spiels, wenn Kinder in den Besitz von Schusswaffen kommen.

Wernau. Die Aktiengesellschaft Racca in Haag zeigt in den deutschen Zeitungen an, daß sie die Generalvertretung ihres Reinigungsmittels „Racca“ zu vergeben habe. Die Firma hat sich den Betrag bei Bestellung der Ware mitzubringen. Da die Forderungsmittel zur Einfuhr noch verboten sind, jeweils die Einfuhrgenehmigung beim Reichskommissar für Einfuhr- und Einfuhrbewilligung in Berlin eingeholt werden, der bereits in verschiedenen Fällen die Erteilung der Einfuhrgenehmigung verweigert hat. Die Vertreter erleiden dadurch erhebliche Verluste, da die Aktiengesellschaft Racca bei Verweigerung der Einfuhrgenehmigung den eingeschuldeten Betrag kaum wieder zurückerhalten wird. Eine chemische Untersuchung des „Racca“ hat ergeben, daß sein Reinigungseffekt keineswegs so groß ist wie bei Anwendung von Soda, abgesehen davon, daß der Hauptteil der reinigenden Wirkung des „Racca“ auf die darin enthaltene Soda entfällt und die Sodalösung auf sich selbst in starker Konzentration eine ungünstige Wirkung hat. Die ganze Schachtel des Reinigungsmittels Racca stellt einen Wert von etwa 20 Pfennigen dar, während dieselbe für einen Pfennig bis 1 Mark angeboten wird. — Mitteilungen wollen wir das badische Landesspolizeiamt Karlsruhe einreichen werden.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Aus dem Gemeinderat Dörflich

Dem Erwerb des Gartens der Frau Emil Witwe, Ede Schulpfad und verlängerte Memmingerstraße (Kb. Nr. 488 und 449) zu 4,50 M je Quadratmeter wird zugestimmt. Größe 5 Ar 69 Quadratmeter. — Dem Bezirksverwaltungsamt hier und den deutschen Zuschauern, Festungsgewehr Baden, werden für das Jahr 1925 Beiträge bewilligt. — Die Vertreter der Arbeiter- und Arbeitervereine des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Offenburg haben beantragt, für den Arbeitsnachweisbezirk Offenburg (Kreisbezirk Offenburg, Oberkirch und Wolfach) ein gemeinsames Gewerbe- und Kaufmannsgericht zu bilden. Auch die Vereinigung der Industriellen Offenburgs und Umgebung hat sich für die Errichtung eines Bezirksgerichts ausgesprochen. Der Gemeinderat begrüßt die Errichtung eines Bezirksgerichts, die erforderlichen Verhandlungen weiter zu führen und das Statut möglichst bald dem Bürgerausschuß zur Genehmigung zu unterbreiten. — Um der Generalversammlung eine bessere Wirkung zu verleihen, soll sie mittels eines eisernen Kaminröhrenhöher geleitet werden. Die Aufstellung einer stärkeren Säule wird insbesondere von der stehenden Rima nicht empfohlen, da die Reibung des Zones in hohem Maße von den Witterungsverhältnissen (Windstärke und Windrichtung) abhängig sei und bei einer stärkeren Säule ebenfalls vorkommen könne, daß sie mitunter da oder dort nicht besonders gut gefestigt wird. Um eine für alle Stimmgeber gleichmäßige Wirkung zu erzielen, wird von der Rima eher die Aufstellung zweier Säulen vorgeschlagen, da die Stöße sehr langsam geteilt sei. — Die zu vergebende Schatzkammerstelle wird dem Kandidat Wilhelm Streif hier übertragen. Derselbe wird zunächst die erforderliche Ausbildung erhalten. Innerhalb der Bewerber für die Schatzkammerstelle befinden sich solche, die voll den Vorschriften in § 17 des Polizeigesetzes entsprechen, nicht.

Letzte Nachrichten

Die Zollverhandlungen mit Belgien

Brüssel, 9. Febr. (Sig. Funkdienst.) Die Zollverhandlungen zwischen Deutschland und Belgien sind bekanntlich bis heute ebenfalls noch nicht abgeschlossen worden. Sie bilden in Belgien noch festerer Gegenstand der öffentlichen Erörterungen. So wendet sich zum Beispiel die „Liberté Belge“ am Sonntag gegen Angebote Deutschlands, die sich durch übertriebene Zollforderungen auszeichnen. Deutschland soll z. B. den Einfuhrzoll für Pferde verdoppeln, während man den Einfuhrzoll auf Textilwaren verdoppeln beginnend beabsichtigt. Auch die bisherigen Zollfreien belgischen Gewerbe- und Getreideprodukte sollen in Zukunft dem Zoll unterliegen. Eine Erhöhung der Zölle ist ferner vorgesehen für Ausgummitreifen, die bereits jetzt 50-Prozentigen Zollsätzen unterliegen. Das gleiche gilt für die Einfuhr von Zement, Gießerwaren und Autos, die mit 50 Prozent ihres Wertes verzollt werden sollen. Die „Liberté Belge“ stellt im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der deutschen Forderungen fest, daß die belgische Zollpolitik eine Verhängnis für den Freihandel und den schnellen Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland eingeleitet.

Jahrestkongress der sozialdemokratischen Partei Frankreichs

Paris, 9. Febr. Gestern vormittag wurde in Grenoble der 22. Jahrestkongress der sozialdemokratischen Partei Frankreichs eröffnet. Der Generalsekretär der Partei, der Abg. Paul Faure, begrüßte die Delegierten und bewillkommnete insbesondere die Delegierten der anwesenden sozialistischen Parteien. Für England waren anwesend der ehemalige Minister Shaw, für Belgien der ehemalige Minister Vandervelden, für Deutschland

Gilferding, außerdem Vertreter Bulgariens, der Tschecho-Slowakei und des alten Rußlands. Es werden noch weitere Delegierte aus Polen, Schweden und den eben genannten Ländern erwartet. Der Schatzmeister der Partei stellte fest, daß seit dem letzten Kongress die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder sich um 10 000 vermehrt habe. Darauf wurde der Geschäftsbericht der Partei verlesen, worauf einzelne Delegierte die Forderung stellten, daß Jugendorganisationen namentlich auf sportlichem Gebiete aufgebaut werden müßten. — Der ehemalige Abg. Gröbe erstattete darauf Bericht für die Organisation der Internationalen. Er erörterte das Nähere den Verlauf der in Luxemburg und Wien abgehaltenen Beratungen und verbreitete sich dann über die Beziehungen der Internationalen zu der Gewerkschaftsinternationalen. Schließlich wurde über die Organisation des kommenden internationalen Sozialistenkongresses gesprochen, der im Laufe dieses Jahres in Frankreich stattfinden soll. Ort und Zeitpunkt sind noch nicht bestimmt. Der Kongress ging dann bezuglich seines Arbeitsprogramms festzustellen. Die wichtigsten Fragen der Politik gegenüber Serbien werden nach dem Sabasbericht morgen und Dienstag diskutiert werden. Der Kongress beschäftigte sich hierauf mit Propagandafragen.

Kommunistische Raufkuff

Berlin, 7. Febr. (Sig. Funkdienst.) Die Kommunisten veranstalteten am Sonntag in den verschiedensten Teilen Deutschlands einen „Mater Tag“, der nach der „Materkühne“ vom Montag ruhig verliefen ist. Das Blatt bezeichnet die zahlreichen Frauen mit roten Kopftüchern in den Reihen der aufmarchierenden Arbeiter des roten Frontkämpferbundes als das eigentliche Ereignis des Tages. In Wirklichkeit verliefen die Veranstaltungen nicht ganz so ruhig wie es von den Kommunisten hingestellt wird. In Juppried, Mark Brandenburg, wurde z. B. eine Gründungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von einem starken kommunistischen Trupp überfallen. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf die Polizei eingriff. Auf beiden Seiten sind mehrere Leichtverletzte zu verzeichnen.

Hauptauschuß des Städtetages

Berlin, 7. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Deutschen Städtetages wurde nahezu einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Als unvermeidliche Hilfsmaßnahme im Kampf bei der Wohnungsnot kann die Zwangsverwaltung der Wohnungswirtschaft auf dem Wege der allmählichen Forderung und des schrittweisen Abbaues bleibt jedoch das Ziel. Schon jetzt ist das Zwangsrecht infolge weit auszuheben, als es sich entweder als schädliche Ueberforderung erweist, oder teilweise eine Milderung der Raumnot eingetreten ist. So lange die Mieten jedoch nicht weiter in die Höhe gehen, so daß sich ein Neubau von Wohnungen rentabel macht und eine Verbilligung des Verfalls der alten Wohnungen ermöglicht wird, bleibt die Aufgabe der Gemeinden, den Neubau und die Erhaltung der Wohnungen mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Um diese Aufgabe planmäßig und wirtschaftlich zu lösen, ist es erforderlich, den Gemeinden die Mietinschuldung in Höhe der 20 Proz. Friedensmiete und zunächst 5 Jahre lang durch Reichsrecht auszuweisen. Ohne dabei den Gemeinden die für allgemeine Zwecke aufzubehaltenden Einnahmen zu kürzen. Gewerliche und landwirtschaftliche Betriebe dürfen von der Steuer nicht ausgenommen werden können.

Briefkasten der Redaktion
L., Baden-Baden. Die Geschäftsinhaber sind verpflichtet, den Gang der Einfahrt zu reinigen. Lehnen Sie die Reinigung ab.



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.

Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

mit Depotkassa am Bahnhofsplatz und Niederlassung in Mühlburg.



SIL

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die unvollständliche Rasenbleiche.

— OHNE CHLOR —

Öffentliche Dankfagung an Großhandel und Industrie.

Auf unsere Bitte an den gesamten Großhandel und die gesamte Industrie des badischen Landes, die Erhaltung der deutschen Krieges- und Friedensindustrie sicher zu stellen, haben folgende Firmen in dankenswerter Weise namhafte Beträge zur Verfügung gestellt und dankten wir den Spendern bestlich auf diesem Wege:

H. Ammann in Bretten 10 M., Bad. Elektrizitätsversorgung A.G. (Badenwerk) in Karlsruhe 20 M., Fa. Behle Sohn in Herbolzheim 10 M., Fa. Böhler u. Co. in Döhlenheim 10 M., Bauerngenossenschaft vorm. S. Pommer in Karlsruhe 20 M., Büro. Mühlenturm in Karlsruhe 20 M., Direktor A. Bittner in Karlsruhe 10 M., Chem. Fabrik in Grensbach 10 M., Chem. Fabrik Obin in Eberbach 50 M., Chem. Fabrik Griesheim in Bad. Reichenfelden 100 M., Adolf Duffner, Weinhandlung in Börsenbach, 3 M., Gebr. Eisinger in Karlsruhe 10 M., Fa. Gagemann, Menge u. Co. in Reinslauburg 20 M., Gebr. G. Württemberg in Lebnau 50 M., Fa. Gebr. mech. Schießfabrik in Bretten 20 M., Hermann u. Ertlinger, Reberfabrik in Karlsruhe 20 M., Hanla Konglomeratfabrik in Eppingen 20 M., Fa. H. Benzel in Weinstetten 10 M., Fa. Seimannberger u. Lehner in

Reudal 25 M., Fa. S. Strich, Lederfabrik in Weinstetten 20 M., Bauhaus Witt L. Domburg in Karlsruhe 50 M., Fa. Donnell u. Co. Konglomeratfabrik in Konstanz, 10 M., Dr. W. Huber in Karlsruhe 20 M., Fa. Adam Jost in Weinstetten 5 M., E. S. Köhler, Zigarettenfabrik in Weinstetten 20 M., Kauter, in Bad. Reichenfelden 100 M., Fa. C. Kühn, Bleichfabrik in Eppingen, 10 M., R. 3. Landfried in Weinstetten 100 M., Fa. Reinertel in Weinstetten 50 M., K. Moleumfabrik in Marziliansau 50 M., Fa. C. Kerpel, Weinbda. in Weinstetten 10 M., Fa. Pannsch u. Co. in Karlsruhe 20 M., Radolfwerke in Radolfzell 25 M., Fa. Rehrig, Dufffabrik in Rehl a. Rh., 100 M., Rhein. Creditbank, Filiale Karlsruhe, 30 M., Rheinischen Genossenschaft in Rehl a. Rh., 20 M., Sägemer 5 M., D. D. in Wolfach 5 M., Südd. Textilwerke, Zimmerli u. Co. in Herbolzheim, 10 M., Fa. J. Suter, Papierfabrik in Schopfheim 20 M., Fa. A. Schneider in Mühlburg 10 M., Schmeitzel und Wäberer in Steinern 20 M., Stahlwerk Haslach in Haslach 10 M., Strauß u. Co. Bauhaus in Karlsruhe, 20 M., Wehra A.G. in Wehr 10 M., S. Weil Sohn, Schuhfabrik in Rastatt 100 M.

Karlsruhe, den 31. Januar 1925.
Der Vorstand des Volksbundes Deutsche Krieges- und Friedensindustrie e. V., Landesverband Baden.

Arbeiter! Werbet für Euerer Zeitung!

Zwangsvollstreckung

Dienstag, 10. Febr. 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Landratsamt, Kreisamt, 24, in Karlsruhe gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

Möbel jeder Art und 50 Pfd. Zigaretten u. a. m.

Karlsruhe, 7. Febr. 1925
Maier 1247
Gerichtsvollzieher.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise uninger Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens meines unbergeliebten, lieb. Mannes, des Kaufmanns

Arthur Kopf

spreche ich den herzlichsten Dank aus.

Ausgebildet sei der Schwester Marie und Maria für die anspendende Pflege des Verstorbenen während seiner Krankheit, dem Gesehenswerten „Casalla“ für den erhabenen Grabgeland und Herrn Karl Winkhäuser für sein Blumenspiel, der tiefgefühlte Dank bargebracht.

Frau Amalie Kopf.

Trauerbriefe

lieft Buchdruckerei Wittmann

Zu verkaufen

kleiner 2-Zimmerwohnung, in der Weststadt gegen 2-Zimmerwohnung, Offerten unter Nr. 1255 an das Volksfreundbüro.

Math. Kohler

Büro und Kleinverkauf: Durlacherstr. 30
Telephon 4707.
Hauptlager: Wolfartsweierstrasse 4 (Rangierbahnhof.)

Kohlen Holz u. Brikett

alle Sorten, in nur erstklassiger Ware empfiehlt billigst u. reell in jeder Menge frei Haus und ab Lager

